Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 26. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 16. Januar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (15. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Dr. Falk mit mehreren Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der von 18 Mitgliedern der polnischen Fraction unterstützte Antrag des Abgeordneten Wegner (Dom-Syndikus in Posen): Die königliche Regierung zu ersuchen, dem Mangel an einer höheren akademischen Lehranstalt im Großherzogthum Posen, durch Gründung einer Universität in der Stadt Posen, und zwar mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der beiden Nationalitäten dieses Landestheils, baldigst abzuhelfen.

Abg. Wegner giebt eine geschichtliche Darlegung der auf das bezeichnete Ziel gerichteten Bestrebungen, deren letzter Ausläufer sein Antrag ist. Er erinnert zunächst an den bezüglichen Beschluß des Provinzial-Landtages des Großherzogthums vom Jahre 1843, der die Gründung einer Universität mit einer evangelisch-, resp. katholisch-theologischen, einer juristischen und einer philosophischen Fakultät empfahl und im Landtagsabschiede desselben Jahres die Antwort der Staatsregierung hervorrief, daß die Gründung von Elementar-, von Bürgerschulen und Seminarien ein viel bringenderes Bedürfniß für die Provinz sei. Gleichwohl verfolgten dieselbe Tendenz der Beschluß des Provinziallandtages von 1845, sowie wiederholte Petitionen des Gemeinderathes der Stadt Posen an das Abgeordnetenhaus. Der gegenwärtige Antrag betont nicht etwa wie die früheren vorzugsweise das Bedürfniß der Einwohner polnischer Nationalität, sondern hebt auch das gleichberechtigte Interesse der Deutschen an der Sache hervor. Das Bedürfniß einer akademischen Anstalt in der Provinz Posen ist durch frühere Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bei Gelegenheit der erwähnten Petitionen wiederholt anerkannt worden. Posen ist die einzige Provinz im deutschen Reiche, welche keine höhere akademische Lehranstalt und überhaupt kein einziges wissenschaftliches oder technisches höheres Lehrinstitut besitzt.

Die Antragsteller verkennen die Schwierigkeiten der Ausführung nicht und geben es daher ganz der Regierung anheim, in welcher Weise und welchem Umfang sie dem Wunsche nachkommen wolle. Man hat früher die nicht genügende Zahl der zu Universitätsstudien Befähigten in der Provinz Posen gegen die Erfüllung desselben geltend gemacht; dieser Einwand ist jetzt hinfällig. Denn die in den letzten vier Jahren verdoppelte Frequenz im Besuche der Gymnasien der Provinz sichert den Besuch der neuen Universität schon aus der Provinz selbst, und würde sich derselbe durch Zufluß aus den benachbarten Provinzen, namentlich Westpreußen, noch erheblich steigern. Was die Beschaffung der Lehrkräfte betrifft, so ist, von polnischen Docenten abgesehen, an deutschen kein Mangel. Den financiellen Aufwand würde die Provinz gewiß gern selbst tragen. Die Erfüllung des Wunsches würde außerdem nicht nur für die Provinz, sondern auch für die Stadt Posen eine Wohlthat sein. Vor wenigen Wochen hat der Minister des Innern hier erklärt, daß die Provinz Posen zur Theilnahme an den Segnungen der neuen Kreisordnung noch unreif sei. Die Regierung kann daher der Provinz jetzt die Mittel gewähren, die zum Genuß der ihr noch vorenthaltenen Rechte nöthige Reife zu erlangen. Die Antragsteller verlangen nur bei gleichen Pflichten auch gleiche Rechte für ihre Provinz und sind geistige und wissenschaftliche Bildung, das höchste Gut des Menschen, zu fordern gewiß berechtigt, zumal von einem Staat, der ja vorzüglich auf geistigem Wege zu seiner jetzigen Höhe und Macht emporgestiegen ist. Verhelfen Sie, schließt der Redner, unserer Heimath durch Annahme unseres Antrages zu einer Wohlthat, die ihren gesammten Interessen ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses gerecht wird. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Hennig: Der Antrag ist allerdings verschieden von den früher eingebrachten, die sich einfach darauf gründeten, eine national-polnische Universität in Posen zu errichten. Gegenwärtig haben sich die Herren herbeigelassen, auch für die Deutschen nebenbei etwas zu thun. Sehr eigenthümlich ist, daß kein einziges deutsches Mitglied aus Posen diesen Antrag unterzeichnet hat. Gerade dieser Umstand giebt dem Antrag einen ganz eigenthümlichen Charakter. Mit mir hat der Abg. Doering, der aus der Stadt Posen stammt, Uebergang zur Tages-Ordnung beantragt, und ich bitte Sie, diesem Antrag beizustimmen. Es ist eigenthümlich, daß man uns gerade jetzt mit Gründung neuer Universitäten kommt; ich dächte, wir hätten Universitäten genug. Es fehlt auch ganz entschieden an Lehrkräften für eine neu zu begründende, der Mangel daran ist so groß, daß viele Lehrfächer an den vorhandenen Universitäten nicht besetzt werden können. Hier in Berlin fehlt z. B. noch immer ein Docent für die slavischen Sprachen, trotzdem im Etat eine Summe dafür ausgeworfen ist. Ich sehe nicht ein, wie man heut in der Zeit der Eisenbahnen, wo die Bewegung so leicht ist, darauf drängt, in jeder Provinz eine Universität zu haben. Sie wollen die Universität in Posen errichten, es liegt uns aber eine Petition vor, die Bromberg vorschlägt, ich stimme für keine von beiden; weder Posen noch Bromberg bietet aus eigenen Mitteln die nöthigen Lehrkräfte dar. Posen ist auch ferner nicht die einzige Provinz ohne Universität, Nassau hat auch keine (Ruf: Marburg!) Marburg liegt in Hessen und nicht in Nassau, daß die Provinz jetzt Hessen-Nassau heißt, thut nichts.

Wenn die Herren sich in ihrer Muttersprache unterrichten wollen, mögen sie nach Breslau gehen, dort ist ein Docent der polnischen Sprache. Sie haben, meine Herren, keinen Grund, eine Universität in der Provinz Posen zu errichten, außer aus national-politischen Gründen. Es ist aber keine Veranlassung dazu, einen neuen Herd der Agition in der Stadt Posen zu errichten (Widerspruch bei den Polen.) Die national-polnische Unterrichtsweise mag historisch sein, schön ist sie nicht. Es ist nicht schön, wenn die Mitglider einer bestimmten Partei unterrichtet werden, um für ihre Zwecke zu agitiren, wenn sie in geheime Konventikel gezogen werden, die sie zu Verschwörungen führen und ins Unglück stürzen. Ich will nur an dem Fall im Gymnasium zu Trzemeszno erinnern, wo der größte Theil der Schüler sich am polnischen Aufstande betheiligte, Solche Schulen und gar Universitäten zu errichten, dafür kann ich nicht stimmen. Ich bitte das Haus zur Tagesordnung überzugehen.

Cultusminister Dr. Falk: Es wird mir erlaubt sein, die Frage so anzusehen, wie ich sie thatsächlich vorgefunden habe. Bei Einnahme dieses Standpunktes bitte ich Sie, dem Antrag auf die Tagesordnung zuzustimmen. Ich kann dabei vollkommen absehen von den politischen Rücksichten, die sich gegen den Antrag auf Errichtung der Universität geltend machen ließen, ebenso von der Frage, für welche die streitenden Schwesterstädte, Posen oder Bromberg, man sich entscheiden könne. Es existirt ein Grund, der den Antrag zu einem durchaus unausführbaren macht: es fehlen für jetzt und — da hilft keine Schönfärberei — auch für einige Zeit noch die Lehrkräfte, um eine neue Universität zu gründen. Die Besetzung der vakanten Stellen ist eine der schwersten Aufgaben meines Ressorts, schwer zu lösen, oft kaum zu lösen mit der äußersten Anstrengung und größten Mühe. Die Sache steht so, daß die hervorragenden Männer der meisten Disciplinen in einem Theil ihre Lehrthätigkeit eingestellt haben, und es fehlt nicht blos an ebenbürtig ausreichenden, sondern überhaupt an ausreichenden Nachfolgern. Es gilt das namentlich von den Disciplinen der Theologie, des römischen Rechts, des Kriminalrechts, des Kirchenrechts, der Philologie, ja, meine Herren, auch der klassischen Philologie.

Man bemüht sich im höchsten Maße, die Kräfte nicht blos aus denjenigen Kreisen zu gewinnen, auf die man zuerst und naturgemäß angewiesen wäre, nämlich aus den deutschen und preußischen Universitäten; die Blicke sind oft weit über die Kreise deutscher Universitäten hinausgelenkt worden auf die Universitätskreise überhaupt, und es ist in einzelnen Fällen gelungen, eine oder die andere Kraft aus diesen Kreisen zu gewinnen. Diesen Thatsachen stehe ich gegenüber und muß außerdem anerkennen, daß das Bedürfniß der bestehenden Universitäten noch die fernere Heranziehung großer Kräfte erfordert. Ich bitte Sie nur, den Etat anzusehen, wie viel neue Professoren darin als absolut nothwendig bezeichnet sind. Nicht nur die Gründung der Universität Straßburg hat diese Verhältnisse herbeigeführt, wenn sie auch vorübergehend von wesentlichstem Einfluß war. Von seinen frischesten Lebenskräften hat Preußen an Straßburg 13 Männer direct abgeben müssen, und indirect durch Besetzung anderswo in Deutschland vacant gewordener Stellen 4. Es sind noch andere Gründe für den Lehrermangel vorhanden. Die Thatsache ist nicht neu, daß die Neigung, sich der Universitäts-Carriere zu widmen, lange Zeit nicht groß war; von den Gründen dazu kann man absehen, die Thatsache ist da. Ich bin mit Ihnen bemüht, eine der Quellen zu verstopfen, woraus dieser Uebelstand fließt. Das Haus hat schon im vorigen Jahre eine beträchtliche Summe zur Aufbesserung der Gehälter der Universitätslehrer bewilligt, und ich hoffe, daß die noch größeren Forderungen für dieses Jahr Ihre Zustimmung finden werden. Es ist eine meiner nächstliegenden Aufgaben, sorgfältig zu prüfen, wie dem segensreichen Institut der Privatdocenten aufzuhelfen sei. Aber alle diese und andere Mittel brauchen Zeit, wenn es sich um den Erfolg handelt. Für jetzt wiederhole ich, daß dieser Umstand des Lehrermangels allein ausreicht, um den vorliegenden Antrag als unausführbar zu bezeichnen und Sie zu bitten, ihn abzulehnen.

Abg. Döring: Es thut mir leid, daß ich gegen den Antrag, der in eine Provinz die Cultur hineintragen will, Position nehmen muß. Aber die Ausführungen des Abg. v. Hennig und des Cultusministers veranlassen mich dazu und entbinden mich jeder weiteren Ausführung.

Abg. Kantak: Nach der Erklärung des Herrn Cultusministers haben wir wohl wenig Aussicht, den Antrag angenommen zu sehen. Wir verlangen ja die Universität nicht sofort, sondern sind zufrieden, wenn sie uns für spätere Zeit in Aussicht gestellt wird. Ich glaube auch nicht, daß die Errichtung einer Universität einen so drückenden Einfluß auf das Angebot an Lehrkräften ausüben würde, wie dies vom Cultusminister betont ist. Der Antrag berechtigt [illegible] die Provinzialstände die Petition eingebracht haben, daß Se. Majestät den Antrag nicht gänzlich abgelehnt, sondern nur zur Zeit zurückgewiesen hat; daß das Abgeordnetenhaus selbst, freilich nicht in seiner jetzigen Zusammensetzung, den Antrag der Regierung empfohlen hat. Ich hätte glauben sollen, daß die ruhige Fassung des Antrages und der objective Vortrag des Antragstellers, der [illegible] national-politischen Tendenz [illegible] hat, [illegible] zu einer Hetze gegen uns und unsere Bestrebung gebraucht werden würde. Freilich, wenn man sagt, der Antrag habe früher anders ausgesehen, und jetzt hätten sich die Herren herbeigelassen, auch für die Deutschen etwas zu thun, so ist das gleich ein Ton, der nicht Rücksicht darauf nimmt [illegible]. Wenn der Antrag nur polnische Unterrichtsweise [illegible], so [illegible] Separatisten. Wenn wir auf diese unerquickliche Debatte zurückkommen, so geschieht dies nur nothgedrungen, weil wir dazu gereizt werden. Wir wahren dann nur unsere nationalen Rechte, wozu wir verfassungsmäßig berechtigt sind.

Der Abg. v. Hennig [illegible] Kleinlichkeiten; (Widerspruch Seitens v. Hennig's) wenn er es auf das Wort nicht gebraucht, so hatten seine Ausführungen doch diesen Sinn. Für uns ist die wissenschaftliche Bildung niemals etwas Kleines; wir wünschen sie als einen ausgleichenden und versöhnenden Vereinigungspunkt zwischen den Nationalitäten und erwarten diese Wirkung von einer Universität [illegible] der Humanität. Es kann auch sehr zu wünschen, daß die Deutschen einmal polnische Bildung kennen lernten, so gut wie indische und chinesische, denn in dieser Beziehung herrscht bei ihnen noch ägyptische Finsterniß. Was die Anführung des Abg. v. Hennig betrifft, daß in Breslau ein Docent [illegible] in Berlin [illegible] ist die Thatsache entschieden falsch; in Breslau [illegible] 120, in Berlin 80 polnische Studenten. Will der Abg. v. Hennig die Universität in Posen durchaus als eine Vorbereitungsstätte für geheime Conventikel und Verschwörungen betrachten, so will ich gar kein Wort darauf erwidern. Wenn er an das Gymnasium von Trzemeszno erinnerte, so haben nicht alle seine Schüler am Aufstande Theil genommen, sondern von 500 Schülern sind 40 über die Grenze gegangen, um einen Haufen Aufständischer zu begleiten, und dann zurückgekehrt. Wenn es Ihnen möglich ist, m. H., nehmen Sie den Antrag an.

Abg. Witt (Posen): Ich will von den unerquicklichen Hinweisungen auf das politische und nationale Element absehen und nur das praktische berücksichtigen. Es ist allerdings ein erfreuliches Zeichen von dem Verlangen nach Bildung, wenn man die Staatsregierung um Gewährung von Bildungsmitteln angeht; aber es ist höchst unpraktisch mit den höchsten Instituten anzufangen; das Fundament der Bildung liegt in der Elementar- und Gymnasialbildung, und wenn auch die Regierung in dieser Beziehung schon viel gethan hat, so bleibt ihr doch noch sehr viel zu thun übrig. Es fehlt ferner gerade in der Provinz Posen noch auf vielen anderen Gebieten: Eisenbahnen, Chausseen, Kanäle und Regulirung der Flüsse. Wir haben die Grundlage in der gesteigerten Elementar- und Gymnasialbildung; es wird auch die Zeit nicht fern sein, wo die Errichtung einer Universität für die Provinz Posen Seitens der Regierung in Aussicht genommen wird. Ich kann mich also dem Antrage, die Sache an eine Commission zu verweisen, nur anschließen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe den Antrag, sowie er jetzt gestellt ist, begrüßt, weil ich darin die Tendenz erkenne, durch einen gemeinsamen Sammelpunkt die Gegensätze möglicher Weise auszugleichen. Der Abgeordnete Kantak hat mit Recht das Studium als ein solches Ausgleichungsmittel bezeichnet, welches zur Vereinigung verschiedener Nationalitäten sehr geeignet ist. Das deutsche Reich hatte nach der Erwerbung von Elsaß und Lothringen nichts Eiligeres zu thun, als die Universität Straßburg zu gründen, und das mit Recht, obwohl man auf der ganzen Heerstraße bis Basel fast jeden Augenblick einer Universitätsstadt begegnet. Ich bin eigentlich erstaunt, daß nicht von selbst bei der Erwerbung des Stückes von Polen ein ähnlicher Gedanke entstand, um eine Vereinigung der Einwohner mit ihrem neuen Vaterlande wirksam anzubahnen. Wir sollten den Antrag unterstützen. Es braucht ja nicht nicht eine vollständig eingerichtete Universität gegeben zu werden, sondern vielleicht erst die medicinische, dann die juristische Facultät, wie ja schon so viele Universitäten nach und nach entstanden sind. Derartige Dinge, wie sie der Abgeordnete v. Hennig berührte, sind gar nicht möglich, denn davon ist ja in dem Antrage nirgend die Rede, daß die Polen die Lehrstühle besetzen oder die Disciplin ausüben sollen. Der Herr Minister hat gesagt, es fehle an Geld, und dies ist von dem Abgeordneten Witt wiederholt worden. Ich bedaure zunächst, daß der Herr Minister so kategorisch war. Er hätte der Sache im Princip nicht entgegen zu treten brauchen. Was das Geld betrifft, so kann ich kaum begreifen, daß gerade jetzt über Mangel an Geld geklagt werden kann. Wir haben zu vielen andern unnützen Dingen, wie ich bei der Berathung des Budgets nachweisen werde, viel Geld. Was die Lehrkräfte betrifft, so hat es bis jetzt noch nicht daran gefehlt und ich glaube, daß gerade die Errichtung dieser Universität die Lehrkräfte wecken wird.

Wenn man nur die Kräfte an der Stelle suchen wollte, wo sie sind, wenn man aus gewissen Kameraderien heraustreten wollte, so würde man über einen Mangel nicht zu klagen haben. Ich verweise den Herrn Minister nur auf die Streitschriften, die in Bonn gewechselt wurden. Wenn man überhaupt die klassischen Studien ein wenig mehr berücksichtigen und nicht den realistischen, wie es freilich der Materialismus der Zeit verlangt, überall den Vorzug geben wollte, so würde es an Lehrern nicht fehlen. Ich glaube aber, die Herren aus Posen würden schon mit der Aussicht und dem Versprechen zufrieden sein, daß in späterer Zeit eine Universität errichtet werden solle. Wenn wir diesen Wunsch erfüllen, so werden wir mehr zur Einigung beitragen, als durch die künstlichen Zwangsmittel, die man jetzt in zum Theil lächerlicher Weise in Beziehung auf die Sprache anwendet. Es werden an der Universität einige Vorträge in polnischer Sprache gehalten werden, die meisten jedoch deutsch. Man sagt, die Leute könnten nach Breslau und Berlin gehen. Ja, das wäre ganz schön, wenn es den Eltern der Studirenden nicht zu viel Geld und Ueberwindung kostete, ihre Söhne nach fernen großen Städten zu schicken. Ich glaube, wir werden für die Provinz sehr nützlich wirken, wenn wir eine Universität bewilligen.

Der Cultusminister: Der Abg. Windthorst hat gemeint, daß der Abg. Witt meine Behauptung, daß es an Geld fehle, wiederholt habe. Ich bin erstaunt, daß etwas wiederholt werden kann, was gar nicht gesagt worden ist. Ich habe von Geld gar nicht gesprochen. Was die Lehrkräfte betrifft, so will ich bemerken, daß ich sie überall suche und daß ich Jedem dankbar bin, der mich auf solche Kräfte aufmerksam macht. Dem Abg. Windthorst will ich sagen, daß mir durch die Streitschriften, die in Bonn hin- und hergeschickt worden sind, noch keine Lehrkraft gezeigt worden ist.

Hierauf wird der Antrag der Abgg. v. Hennig und Döring (Uebergang zur Tagesordnung) angenommen.

Es folgen Petitionen, zunächst die zahlreicher Versicherungs-Gesellschaften, welche gegen die Heranziehung ihrer Agenten zur Hausirsteuer protestiren. Diese Heranziehung erfolgt auf Grund der ministeriellen Anweisung vom 4. September 1869 zur Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, deren Nr. 16 also lautet: „Die Vermittelung von Geschäften außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung hat die Gewerbeordnung als einen Ausfluß des stehenden Gewerbebetriebes behandelt. Bezüglich der steuerlichen Seite dieses Gewerbebetriebes im Umherziehen hat dagegen die bestehende Landes-Gesetzgebung durch die Gewerbeordnung keine Aenderung erfahren. Versicherungs- und andere Agenten bedürfen daher, abgesehen von der für das stehende Gewerbe zu entrichtenden Steuer, sobald sie ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, eines steuerpflichtigen Gewerbescheines. Die Steuer für jeden Gewerbeschein beträgt nach § 20 Absatz I. des Gesetzes vom 19. Juli 1861 16 Thlr."

Die Versicherungs-Gesellschaften haben gegen diese Anweisung als gegen einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut und Sinn der Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes, resp. des Reiches bereits zweimal beim Abgeordnetenhause Beschwerde geführt, in beiden Fällen, 1870 und 1871, beantragte die Commission, die Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, die Berichte kamen jedoch wegen Schlusses der Session nicht mehr zum Vortrag. Die zuletzt erneuerten Beschwerden der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt, der preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin, der vaterländischen Feuerversicherungs-Gesellschaft in Elberfeld, der Aachen-Münchener und noch sieben anderer Versicherungs-Gesellschaften, welche die baldigste Zurücknahme der ministeriellen Anweisung Nr. 16 wegen der Besteuerung des auswärtigen Gewerbebetriebes der Versicherungsagenten verlangen, sind von der Commission der Staatsregierung einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen worden.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Rommel: Der Antrag Ihrer Commission beruht in erster Reihe auf der Annahme, daß eine Anwendung der landesgesetzlichen Bestimmungen auf die Besteuerung des Hausirgewerbes den Bestimmungen, die im Bundesgesetz über das Gewerbe gegeben werden, widerspreche; daß ferner im Bereiche des Bundesgesetzes ein Hausirgewerbe nur in demjenigen Falle der Besteuerung unterworfen werden könne, wenn es sich nach Maßgabe des § 55 der Gewerbeordnung als ein Gewerbebetrieb im Herumziehen charakterisire. Ferner wirke das Gesetz des Reiches auf die einzelnen Staaten zurück. Dies sind die Erwägungen, auf denen der Commissionsantrag beruht. Nach den älteren preußischen Gesetzen war ein Gewerbebetrieb im Umherziehen überhaupt nicht gestattet, es wurde also auch kein Gewerbeschein ertheilt. Daraus, daß in Folge dessen das Hausirgewerbe nicht besteuert wurde, läßt sich noch nicht folgern, daß mit der Zulässigkeit dieses Erwerbszweiges nun eine Steuerfreiheit eintreten müsse. Die Regierung hält bei der Meinung fest, daß die Beschwerde nur im Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden könne, und behält sich weitere Entschließungen vor.

Abg. Rickert: Ich wundere mich, daß die Regierung an dieser Meinung mit solcher Ausdauer festhält. Im Reichstage ist eine ähnliche Beschwerde ohne jede Discussion dem Reichskanzleramte zur Abhilfe überwiesen worden. Daß man das Agenturgewerbe als Hausirgewerbe charakterisirt, ist durch das Reichsgesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Es liegt also hier ein nackter Verstoß gegen die Gewerbeordnung vor; es handelt sich um die Schädigung eines nützlichen Gewerbes und es ist zu beklagen, daß die Staatsregierung in einer so unwesentlichen Sache, bei der es doch auf wichtige Principien ankommt, eine so fiskalische Neigung zeigt.

Regierungscommissar Geh. Rath Rommel: Ich will nur bemerken daß nicht fiscalische Neigungen die Regierung zu ihrem Beharren veranlaßt haben, sondern vielmehr die feste Ueberzeugung, daß diese Frage nur im Wege der Gesetzgebung geregelt werden könnte. Da der Zeitpunkt dazu nicht geeignet ist, so kann sich die Staatsregierung nur ablehnend verhalten.

Abg. Braun (Waldenburg): Die Argumente der Regierung sind in der Commission schon angefochten worden. Der jetzige Zustand beruht nicht auf einem Gesetze, sondern auf einer Instruction und diese bezieht sich auf das Regulativ vom 28. April 1824. Sie hat aber nicht befohlen, diese Gewerbetreibenden heranzuziehen, sondern es nur gestattet. Es giebt keine gesetzliche Bestimmung, die die Regierung zu ihrem jetzigen Verfahren zwingt. Sie braucht nur den Schritt, den sie gethan hat, zurück zu thun, und nicht erst die schwerfällige Gesetzgebungsmaschinerie in Bewegung zu setzen. Außerdem aber scheint es mir sehr bedenklich, wenn sich der mächtigste Staat des Reiches Ueberschreitungen der Reichsgesetze erlaubt, denn die anderen kleineren Staaten könnten sich dann auf dies Beispiel berufen.

Abg. Hahn: Die Reichsgesetzgebung hat die Bestimmung, daß jedes im Umherziehen betriebene Gewerbe zu besteuern sei, nicht beseitigt, und die Ausführungen in einem Erkenntniß des Oberappellations-Gerichts stehen der Auffassung der Regierung zur Seite. Nur auf dem Wege der Gesetzgebung ist es möglich, die Wünsche der Petenten zu erfüllen und eine Collision zwischen Verwaltung und Justiz zu vermeiden. Darum empfehle ich Ihnen den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Jacoby (Liegnitz): Die Agenten sind gezwungen, um ihr Gewerbe zu betreiben, Reisen zu machen, aber ihr Gewerbe ist ein stehendes und wird nicht im Umherziehen betrieben, daher dürfen sie nicht zur Hausirsteuer herangezogen werden. Uebrigens bezeichnet das Gesetz ganz bestimmte Kategorien, unter welche die Agenten unmöglich zu subsumiren sind, so daß der Regierung bei ihrem Verfahren jeder legitime Anhalt fehlt. Ich empfehle Ihnen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Braun (Waldenburg): Um die Collision zwischen Verwaltung und Justiz zu beseitigen, ist es nicht nöthig, den Weg der Gesetzgebung zu betreten. Läßt die Regierung ihre Instruction fallen, dann fallen damit auch entgegenstehende Erkenntnisse, welche sich auf § 16 der Instruction stützen.

Der Regierungs-Commissar replicirt, daß sich die Instruction auf § 5 der Gewerbeordnung stütze, und klar bestimme das Gesetz, daß Niemand ein Gewerbe im Umherziehen betreiben solle, ohne einen Gewerbeschein zu lösen.

Referent Stelzer vertheidigt mit kurzen Worten nochmals den Commissionsantrag: In der Reichs-Gewerbe-Ordnung sei das Gewerbe der Agenten ausdrücklich von den im Umherziehen betriebenen ausgenommen, das Reisen derselben ein Einfluß des stehenden Gewerbebetriebes.

Hierauf wird der Antrag der Commission angenommen.

Ein Bäckermeister Brandt zu Klein-Germersleben beschwert sich über den Pastor Bauerhorst daselbst, weil er seiner verstorbenen Frau die ortsübliche Danksagung nicht gewährt habe und bittet: „Das Haus wolle bei einem hohen Ministerio dahin wirken, daß dasselbe dem Prediger Bauerhorst aufgiebt, ohne Verzug die seiner verstorbenen Frau von Gott und Rechtswegen zukommende kirchliche Danksagung, wie ortsüblich den Gemeindegliedern bekannt zu machen." Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, während die Abgg. Müller (Berlin) und Braun (Waldenburg) Ueberweisung an die Staatsregierung beantragen, um eine Untersuchung zu veranlassen, ob durch das unter Beschwerde gestellte Verfahren des betreffenden Geistlichen der § 52 A. L.-R. II. 11 verletzt worden sei.

Abg. Schmidt (Sagan): Nach meiner Ansicht liegt eine Verletzung des § 52 A. L.-R. II., 11, vor. Das Verhalten des Geistlichen involvirt eine Ehrenkränkung und Beleidigung, es ist keine bloße Vergeßlichkeit, sondern absichtliche Unterlassung. Es liegt ein Act der Kirchenzucht vor, zu welchem der Pastor nicht berechtigt war. Er führt zwar an, daß die Verstorbene die Kirche nicht besucht habe; das sei indeß gleichgültig, denn durch Fernbleiben von der Kirche errege Niemand ein öffentliches Aergerniß.

Abg. Strosser: Es ist mir unbegreiflich, wie man Dinge wie Kirchenzucht vor das Haus bringen kann, zu dessen Competenz sie doch gar nicht gehören. In dem vorliegenden Falle übrigens hat der Pastor nur einen bereits acht Jahre vor dem Tode der Frau gefaßten Beschluß ausgeführt. Von einer Ehrenkränkung kann gar keine Rede sein, die Frau hat sich 20 Jahre hindurch, trotz erfolgter Vermahnung, von der Kirche fern gehalten und kann nicht nach ihrem Tode besondere Ehren von ihr fordern.

Abg. Müller (Berlin): Die vorliegende Frage verdient eine eingehende Berücksichtigung, da es sich ja um einen Akt der Kirchenzucht handelt, welche wir in letzter Zeit leider auch in Berlin in unerwarteter Weise haben anwenden sehen. Aber wäre das auch nicht der Fall, ein Staatsbürger ist in seiner Ehre verletzt und bittet uns um Hilfe — da ist es unsere Pflicht, genau nachzuforschen, um womöglich zu helfen. — Das Recht der Kirchen-

zucht kann Niemand in Abrede stellen, aber dieselbe setzt eine Organisation und ein geordnetes Disciplinarverfahren voraus. Das aber gerade fehlt der evangelischen Kirche. Und wenn auch die Kirchenzucht berechtigt ist, so zeigt doch ihre Anwendung recht bedenkliche Folgen. Daß die Verstorbene bereits 8 Jahre vor ihrem Tode vermahnt worden, bestreitet Petent, und derselbe Pastor, welcher die Kirchenzucht so streng gehandhabt, hat die Frau in ihrer Krankheit nicht ein einziges Mal besucht trotz wiederholter Bitten. Der von mir und dem Abg. Braun citirte Paragraph des Landrechts verbietet, daß die Kirchenzucht in eine Schädigung an Leib, Ehre oder Vermögen ausrte. Hier scheint die Kirchenzucht ausgeartet zu sein und wenn Sie unseren Antrag annehmen, geben Sie dem in seinem Innersten tief verletzten Mann das Vertrauen wieder, daß seine Ehre bei uns geschätzt ist und weisen Sie zugleich darauf hin, daß die Kirchenzucht ihre Grenzen hat.

Ref. Gneist: Die sogenannten Danksagungen beruhen nicht auf einem Gesetz, sondern auf Observanzen. Kein Gesetz schreibt sie vor, keine Vorschrift verpflichtet die Geistlichen zu ihrer Abhaltung, und im allgemeinen Interesse, aus Achtung vor der kirchlichen Selbstständigkeit muß man das Innehalten solcher Observanzen der Kirche anheimstellen. Darum empfehle ich Ihnen Uebergang zur Tagesordnung.

Das Haus nimmt darauf den Antrag der Commission an.

Das Haus wendet sich nun einer Anzahl von Petitionen zu, die ihm nebst einer Schrift: „Der diesjährige Eisgang und die Weichsel-Nogat-Regulirung" aus 85 Ortschaften mit 1127 Unterschriften vom Gutsbesitzer Bertram in Elbing übergeben worden sind, mit dem Antrage, das Haus wolle der Regierung empfehlen, daß sie die Ausführbarkeit des Projectes prüfen lassen möge: die Weichsel mittelst Durchstechung der Nehrung in der Gegend des „Danziger Hauptes" in gerader Richtung in die Ostsee zu leiten, dagegen die jetzigen 3 Arme der Weichsel, nämlich die Nogat, die Danziger und Elbinger Weichsel zu schließen.

Außerdem liegt noch eine Petition aus Pasewalk (Binnennehrung) bei, in der lediglich das Einverständniß mit dem Project betreffs des Durchstichs der Nehrung erklärt wird.

Namens der vereinigten Commissionen für Petitionen und für Agrarverhältnisse motivirt Abg. Schellwitz als Berichterstatter den Antrag, diese Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Philipps erklärt aus eigener Kenntniß der localen Verhältnisse die Ausführung des Projectes der Petenten für höchst wünschenswerth. Möge ein Techniker nach Holland geschickt werden, um sich die vielfachen Erfahrungen zu Nutze zu machen, welche man dort auf dem Gebiete der Wasserbauten gewonnen hat.

Der Handelsminister: Die Regierung hat gegen die Anträge der beiden Commissionen durchaus nichts zu erinnern. Sie erkennt an, daß die betreffende Frage ungemein wichtig ist, sowohl für die Bewohner der Niederungen, als für die gesammte Schifffahrt auf der Weichsel, daß sie verdient, geprüft, und zwar wie gewünscht worden, durch einen Techniker geprüft zu werden, welchen man auch um besserer Information willen nach Holland schicken kann.

Der Antrag der Commission wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Das Haus setzt nunmehr die gestern unterbrochene erste Berathung des 120 Millionen Eisenbahn-Anleihe-Gesetzes fort. Für die Vorlage erhält das Wort

Abg. Berger (Witten): Als in der Sitzung vom 17. December v. J. Hr. Lasker von dem Mißtrauen sprach, welches im Lande gegen die Verwaltung des Handelsministeriums herrschte, betonte er auch, daß dies Haus unzufrieden sei mit der Behandlung, welche die Eisenbahnvorlagen seit Jahren in den betreffenden Fachcommissionen gefunden hätten; er beschuldigte dieselben zu großer Gemüthlichkeit. Diese Worte haben um so mehr Aufmerksamkeit im Lande erregt, als er zwei Tage darauf den Gründungsunfug geißelte; man commentirte sie dahin, daß die Commissionen zu große Connivenz gegen die Regierung gezeigt hätten. Als langjähriges Mitglied derselben erkläre ich, daß ich mich völlig frei weiß von jeder Connivenz und jeder Gemüthlichkeit; daß ich nie einem Eisenbahn-Comite oder einer Eisenbahn-Verwaltung angehört habe noch angehöre; daß ich auch nicht finanziell irgendwie erheblich an einem Eisenbahnunternehmen betheiligt sei. Ich halte diese Erklärung für nöthig, weil meines Erachtens von dieser Tribüne nur Männer sprechen dürfen, die völlig frei sind von jedem persönlichen Interesse. (Beifall.) Was nun die Vorlage selbst anbetrifft, so werde ich sehr gern die zur Vermehrung des Betriebsmaterials geforderten neun Millionen bewilligen. Wir haben eine ähnliche Forderung schon vor zwei Jahren gestellt; damals bestritt die Regierung die Nothwendigkeit; sie mußte erst eine Lehre empfangen durch die Transportkalamität, welche dem Lande Millionen gekostet hat. Auch gegen den Bau der neuen Bahnhöfe und der Anlagen zweiter und dritter Geleise wird sich von keiner Seite ein erheblicher Einwand machen lassen. Eine größere Meinungsdifferenz dürfte bei der Debatte über den Bau der sechs kleineren Bahnen sich ergeben, für welche zusammen dreißig Millionen gefordert werden. Ich persönlich halte sie für nützlich und nothwendig; nur bedauere ich, daß die 4,400,000 Thlr. für den Bau des Schlußstücks der Berliner Verbindungsbahn von Schöneberg nach Charlottenburg erst jetzt gefordert werden; wäre es, wie dies Haus es wünschte, vor mehreren Jahren geschehen, so hätte der Bau ein Drittel weniger gekostet. (Sehr richtig!)

Nun halte ich es allerdings nicht für wohlgethan, daß die Vorlage von den elf preußischen Provinzen nur sieben berücksichtigt; Pommern, Posen, Schlesien und Preußen sind ganz vernachlässigt, obgleich der Handelsminister voriges Jahr aus völlig freiem Antriebe der letzteren Provinz die Linie Insterburg-Oletzko-Lyck versprochen hat. Auch die anderen drei haben wohl manche berechtigte Wünsche und hoffentlich lassen sie sich noch berücksichtigen. Das Hauptgewicht der Vorlage liegt jedoch in der Linie Berlin-Wetzlar; ich halte es für eine unbedingte Nothwendigkeit, daß diese Bahn auf Staatskosten gebaut werde. Bedeckte die öde Wand, die mir gegenübersteht, eine Eisenbahnkarte und wären die Staatseisenbahnen mit anderer Farbe colorirt, als die privaten, so würden Sie sehen, daß den Osten und den Westen der Monarchie ein dichtes Netz von Staatseisenbahnen umspannt, daß aber zwischen beiden keine Verbindungslinie existirt. Herr Elsner v. Gronow sprach mit der ihm eigenthümlichen Energie (Heiterkeit) schon vor Jahren aus, daß diese Bahn auf Staatskosten gebaut werden müsse; er sprach damit aus unser aller Herzen. Die Strecke Berlin-Kassel-Frankfurt ist ein wahres Gosen für die Eisenbahnen; die Dividende, welche die bisher den Verkehr zwischen Ost und West vermittelnden Bahnen gezahlt haben, ist enorm; sie stieg bei der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn auf 20 Procent. Ich hoffe, daß auf jeder Seite des Hauses anerkannt werden wird, daß diese ertragreiche Bahn auf Staatskosten erbaut werden muß. Gestern ist vielfach die Frage angeregt worden, ob das System der Staats- oder das der Privatbahnen vorzuziehen sei.

Es gab eine Zeit, in welcher ein Anhänger der Staatseisenbahnen als volkswirthschaftlicher Reactionär verschrieen wurde; es war zur Zeit der höchsten Blüthe, der absoluten Herrschaft der Manchesterschule. Seit 1867 denkt man anders. Wer eine Eisenbahn hat, hat ein staatsrechtliches Monopol und dann ist es doch besser, daß der Staat es exploitirt, als eine Plutokratie (Sehr richtig!). Man hoffte früher Alles von der allein seligmachenden Concurrenz, aber der entschiedene Freihändler Roß sagte schon sehr richtig im Reichstag: Mit einem Concurrenten habt Ihr nur einen Monopolisten mehr. Fragen Sie doch die übrigen deutschen Staaten, welche Erfahrungen Sie mit den Staatsbahnen gemacht haben? Sie werden von Allen eine günstige Antwort erhalten. In der Schweiz, die mit Deutschland insofern in gleicher Lage ist, als sie auch aus einer Anzahl Souveränetäten besteht, wollte im Anfang der fünfziger Jahre der Bund das Concessionswesen übernehmen; die Cantone im Bunde mit den Unternehmern hinderten es und es blieb den Cantonen. Das ging so lange gut, bis die Eisenbahnkönige herangewachsen waren, jetzt schreien die Cantone den Bund um Hilfe an und vor acht Tagen ist nun doch ein Gesetz erschienen, welches dem Bunde das Concessionswesen und die Oberaufsicht über die Eisenbahnen überträgt. Auch Belgien hat die besten Erfahrungen mit den Staatsbahnen gemacht; selbst im Mutterlande der Manchesterschule, in England, fängt man an sich zu bekehren; vor einem Jahre hat dort der Staat schon die Telegraphen angekauft; in wenigen Jahren wird er es ebenso mit den Eisenbahnen machen. Herr Reichensperger sprach gestern von Staatsomnipotenz; wenn ich wählen muß zwischen Staatsomnipotenz oder Staatsimpotenz (Heiterkeit), so bin ich allerdings für erstere. Die Erträgnisse der Eisenbahnen gehören dem Staate und nicht einer eigennützigen Geldarristokratie. (Beifall.)

Mit der gestrigen Rede des Herrn Lasker stimme ich völlig überein in dem, was er über die Zukunft des Eisenbahnwesens sagte, was die Fragen betrifft, welche er an den Handelsminister stellte, so bedaure ich, daß der Minister sie in keiner Weise befriedigend beantwortet hat. (Sehr richtig!) Er hat früher uns selbst aufgefordert, bestimmte Fragen zu stellen; er werde ebenso bestimmt antworten. Das erstere ist gestern geschehen; aber der Minister hat sich gehütet, sein Versprechen zu erfüllen. Er sagte uns nur, die von Herrn Lasker bezeichneten Personen seien gerade mit ihm unzufrieden. Das mag sein; l'appetit vient en mangeant (Heiterkeit); die Leute mögen unzufrieden sein, weil sie nicht noch mehr bekommen. (Sehr gut!) Herr Lasker hat gestern gefragt: Ja oder nein, ist es wahr, daß der Handelsminister in Herrn Strousberg einen aufgehenden Stern erblickt hat? Ist es wahr, daß der königlich preußische wirkliche geheime Oberregierungsrath, erster, vortragender Rath im Staatsministerium, Herr Herrmann Wagener (Heiterkeit!), drei Eisenbahnconcessionen erhalten und eine davon gegen gutes, baares Geld verkauft hat? Ist es wahr, daß der Fürst zu Putbus und der Prinz Biron von Kurland mit Eisenbahnconcessionen Geschäfte gemacht haben? Die Rede Laskers wird heute in hunderttausend Exemplaren im Lande gelesen; im Interesse der Autorität der Staatsregierung muß auf seine Frage geantwortet werden; das Land und wir haben das Recht, diese Antwort zu verlangen, um so mehr, als am vergangenen Donnerstag der Ministerpräsident sich und seine Collegen als das Gouvernement der ehrlichen Leute eingeführt hat (Lebhafter Beifall).

Schon vor zwei Jahren habe ich in einer Conferenz mit Vertretern der Regierung erklärt, daß man das damals schon herrschende Mißtrauen gegen das Concessionswesen nur dadurch beseitigen könne, daß man alle Concessionsgesuche der Landesvertretung zur Controle vorlege. Damals antwortete man mir, diese Dinge seien zu delicat; auch gehe mein Verlangen wohl über die Competenz des Landtags hinaus. Nun sehen Sie die Früchte dieser Ablehnung in der Lasker'schen Rede. (Sehr richtig!) Wenn ich nun schließlich frage: Wie schaffen wir Besserung? so sehe ich nur Rettung, wenn uns das Reich zu Hilfe kommt. Der Reichstag hat schon zweimal den Reichskanzler aufgefordert, ihm ein Gesetz über Eisenbahnwesen vorzulegen. Ich bezeichne dreierlei als absolut nothwendig, erstens daß, wie in der Schweiz, das Concessionswesen von den Particularstaaten auf den Bund übergeht, zweitens, daß die Aufsicht über den Betrieb der Bahnen einem besonderen Generaldirectorium übertragen und drittens, daß der Volksvertretung eine viel genauere Controle zugestanden wird. Ich werde der Vorlage zustimmen, weil sie für das Land nützlich ist, aber eine wirkliche Besserung unserer Eisenbahnzustände sehe ich nur dann, wenn jene drei Forderungen erfüllt sind. Zum Theil waren diese Bedingungen bereits vor der Gesetzgebung des vormaligen Königreichs Hannover in den vierziger Jahren erfüllt unter der Regierung eines Königs, der wahrlich nicht in dem Rufe steht, seine monarchischen Vorrechte leicht aufzugeben. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter v. Benda: Die meisten Redner wollen die Vorlage unter gewissen Bedingungen genehmigen, ich werde sie ablehnen. Es veranlaßt mich hierzu zum guten Theile der enge Zusammenhang, in welchem dieses Gesetz mit dem über die Eisenbahn-Commissariate steht. Letzterer interpretirt meiner Ansicht nach nicht allein das Reichsgesetz, betreffend die Actien-Gesellschaften, sondern ändert dasselbe geradezu ab. Ich bin überzeugt, daß es in seiner gegenwärtigen Fassung nicht angenommen werden wird. Der vorliegende Entwurf ändert die Fehlerhaftigkeit des heutigen Bahnbausystemes in nichts, er ist nur eine neue Auflage von sehr zweifelhaften Verbesserungen. Hier erscheinen mir die lokalen Interessen von zu untergeordneter Natur, als daß sie für mich maßgebend sein sollten. Ueber den Uebergang zum ausschließlichen Staatsbahnsystem will ich gern discutiren; ehe ich mich aber entscheide, muß ich wissen, welches System — denn die Staatsbahnsysteme sind sehr verschieden — man adoptiren will, welche Ziele man im Auge hat, welche leitenden Grundsätze man dabei befolgt. Das Project der Moselbahn scheint mir in seinen Grundzügen noch so unentwickelt, daß die erforderlichen Gelder zu bewilligen ein colossales Vertrauensvotum für den Handelsminister bedeutet, welches ich nicht die Absicht habe ihm zu geben. Seit 10 Jahren habe ich die Politik unserer Eisenbahnverwaltung verfolgt, sie hat mir kein Bild eines harmonischen Zusammenwirkens gegeben, sondern nur ewiges Schwanken, Prinzipienlosigkeit ohne schöpferische Gedanken gezeigt.

Zuerst entschied sich der Minister für Staatsgarantien, dann für Generalentreprisen, auf kurze Zeit huldigte er dem Gedanken des Baus mit Hülfe von Prämienanleihen, und da im Reichstage andere Grundsätze angenommen wurden, so haben wir ihn nun gestern erklären hören, daß die Staatsbahnen das Richtige seien. Sein alter Wahlspruch: „Ich nehme die Eisenbahnen, wo ich sie finde" hat also nunmehr der unbedingten Anerkennung des Staatsbahnsystems Platz gemacht, in das wir mit allen Segeln hineinsteuern sollen. Die Abgg. Lasker und Berger haben den Handelsminister über die Ertheilung gewisser Concessionen interpellirt, und meine eigenen Erfahrungen lassen mich vollkommen den beiden Rednern beitreten. Wir haben keine Antwort erhalten: dann muß man doch consequenter Weise die Vorlage ablehnen. Der Minister hat uns drei oder vier Mal versichert, er sei ein ehrlicher Mann. Daran zweifelt Niemand. Auch die Verdächtigungen seiner Räthe sind durchaus unbegründet. Darum aber genehmige ich doch nicht diesem Minister ein Project, das wegen der beabsichtigten Verbindung des Osten mit dem Westen segensreich wirken kann, durch welches aber ein wenig selbstständiger Mann an der Spitze des Ministeriums jedem Drucke der Finanzverwaltung zugänglich werden kann, und darum sage ich: Nein!

Regierungscommissar Geh. Rath Weißhaupt: Es sind hier gestern Namen genannt worden, um zu beweisen, daß die Regierung nach Gunst oder Ungunst verfährt. Strousberg zunächst war der Mann seiner Zeit (Gewiß! Heiterkeit). Als Staatsfonds nicht zur Disposition standen, als die Privatindustrie sich von den Eisenbahnen zurückgezogen hatte, erschien Strousberg; ihm schlugen die Herzen aller Provinzen entgegen, die bisher vergeblich auf Eisenbahnen gewartet hatten; er erkannte dies mit seinem richtigen Blick, wandte sich an Kreise, Communen, Distrikte und forderte sie zu Opfern auf, die ihm im reichlichsten Maße zuflossen. Ich erinnere nur an den Bau der Görlitzer Bahn. Es wurden von den betheiligten Städten und Kreisen Millionen über Millionen al pari gezeichnet. Natürlich wandte sich das Zutrauen dem aufgehenden Stern zu, der es verstand, mit Geschick neue Gesellschaften zu gruppiren und in's Leben zu rufen. Welche Veranlassung hatte die Regierung in diesem Augenblick, diesen Gesellschaften die geforderte Concession nicht zu ertheilen? Das System Strousberg beruhte auf Generalentreprise, es hat seine Thätigkeit noch überdauert, wird fortgesetzt von den Baubanken und den Finanzconsortien. Das sind die Strousbergs auf Actien. Was die Herren Wagener, Putbus und Biron betrifft, so sind ihnen selbst keine Concessionen ertheilt worden, sondern nur den Comite's. Sie stellten sich an die Spitze derselben, bildeten Gesellschaften, zahlten die Cautionen, wurden ins Handelsregister eingetragen, was konnte da die Staatsregierung aus den Namen der bei den Gründungen der Comite's Betheiligten veranlassen, die Concession nicht zu ertheilen, wenn alle gesetzlichen Bedingungen erfüllt und vor allen Dingen die Unternehmungen zweckmäßig waren?

So sind zu Stande gekommen die Pommersche, die Berlin-Stralsunder Bahn. Welchen Gewinn die Herren von diesen Bahnen gehabt haben mögen, liegt auf der Hand. Sie haben keineswegs immer dazu beigetragen, das Handelsministerium mit ihren Wünschen in angenehmer Laune zu erhalten. Weitere Concessionen sind an die Herren noch nicht ertheilt, besonders noch nicht die Concession einer Bahn Schneidemühl-Neu-Stettin-Belgard; es ist ihnen nur die Bewilligung zur Anfertigung der Vorarbeiten dazu ohne jede Consequenz gegeben worden. Daraus geht deutlich hervor, wie die Staatsregierung in Bezug auf diese Punkte nichts gethan hat, was ihr irgendwie zur Schuld gereichen könnte. Läge es in der Hand der Regierung, die Namen zu bestimmen, die an der Spitze solcher Unternehmungen stehen, so wüßte sie noch ganz andere Namen streichen (hört!); darüber aber hat sie nicht zu bestimmen und muß sich begnügen, die ihr vorgelegten Anträge nach Pflicht und Gewissen zu prüfen. — Redner weist darauf die bezüglich der Harzbahn der Regierung gemachten Vorwürfe zurück, indem er die geschichtliche Entstehung dieser Bahn entwickelt und schließt: das Haus kann das Vertrauen haben, daß die Regierung sich auf keine Bedingungen einlassen wird, die den Bundesbedürfnissen nicht durchaus entsprechen.

Handelsminister Itzenplitz: Der Abg. Benda warf mir Principienlosigkeit vor; ich weiß sehr gut, was mein Princip ist, und das ist Folgendes: die großen Bahnen soll der Staat bauen, die Nebenbahnen die Provinzen, und danach habe ich gehandelt. Kommt nun ein Comité mit einem Geschäftsführer, der Wagener heißt, und schlägt eine nützliche Bahn vor, stellt die gesetzliche Caution und weist das Geld nach, so kann ich doch nicht deshalb eine nützliche Bahn verweigern, weil da auch Herr Wagener mitspricht. Sie werden demnächst ein Gesetz bekommen, was in der Beziehung über die Staatsbahnen etwas festsetzt, und ich wünsche, daß Sie es annehmen. Oder soll ich etwa deshalb eine nützliche Bahn, wie die von Berlin geradezu nach Stralsund verweigern, weil Fürst Putbus, der in Rügen wohnt und Neuvorpommern angehört, sich der Sache annimmt? Dazu sehe ich gar keinen Grund. Es ist ja sehr rühmlich, wenn sich Jemand der Angelegenheiten seiner heimathlichen Provinz annimmt. Prinz Biron ferner hat dazu geholfen, daß die Oels-Wartenberger Bahn bis an die russische Grenze gebaut wurde; das war eminent wünschenswerth und nützlich, damit die uralte Handelsstraße von Warschau nach Breslau erhalten blieb und nicht südlich Schlesiens gleich in Mitteldeutschland hineinging. Bezüglich der Fusionen, so befolge ich das gesunde Princip, sie sind erlaubt, wenn eine Bahn die Fortsetzung der andern ist; sie sind aber nicht erlaubt, wollen sie nur die vorhandene Concurrenz vermeiden. Meine Ziele liegen auf der Hand: ich will dem Lande möglichst viele Eisenbahnen verschaffen, die soliden Neubauten fördern und die zurückhalten, denen mehr persönliche als sachliche Gründe unterzuliegen scheinen. Schon gestern segnete ich den Tag, der mir das Concessionswesen abnähme, wobei einerseits immer das Interesse der betreffenden Landestheile, andererseits der drohende Schwindel einander gegenüberstehen. Im Allgemeinen kann ich nur bitten, solche Generalfragen nicht so gelegentlich bei diesem speciellen Gesetz zur Discussion zu bringen, sondern erledigen Sie dieselben lieber durch selbstständige Anträge. Hier handelt es sich doch eigentlich nur darum, 120 Millionen für nützliche Staatsbahnen zu geben. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Discussion. Persönlich Abg. Lasker: Auf die letzte Rede des Handelsministers kann ich heute nicht mehr erwidern, sondern werde meine Commentare dazu bei der Verhandlung über die Eisenbahnverwaltung machen. Dem Abg. Berger gegenüber wiederhole ich, daß ich gestern den Schwerpunkt darauf legte, daß ein königlicher Rath im Ministerium, Herr Wagener, wiederholte Concessionen erhalten hat, deren eine er gegen Entgelt verwerthet hat (hört!), und daß eben so Fürst Putbus und Prinz Biron die vom Ministerium erhaltenen Concessionen zu Geldgeschäften benutzt haben. Ich behalte mir also vor, dem Herrn Handelsminister Rede gegen Rede zu stehen.

Handelsminister Itzenplitz: Ich erwidere darauf, daß mir diese genannten Thatsachen unbekannt sind.

Das Haus beschließt, die Vorlage an die Commission für die Eisenbahn-Commissariate zu überweisen.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Donnerstag 11 Uhr an und auf die Tagesordnung die erste Berathung der Gesetze, betreffend die Vorbildung der Geistlichen, die kirchliche Disciplinargewalt und Bildung eines Gerichtshofes in Kirchensachen, die Grenzen der geistlichen Straf- und Zuchtmittel und den Austritt aus der Kirche.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt die beiden ersten Gegenstände von der Tagesordnung ab, eventuell sie hinter die beiden anderen zu setzen, da letztere sich länger in den Händen der Mitglieder befinden als jene, über deren Tragweite man kaum genügend informirt sein könne. Es sei überhaupt zweifelhaft, ob die Berathung der beiden ersten Entwürfe vor der Abänderung der Verfassung stattfinden könne. In keinem Falle könne er glauben, daß das Haus mit Ueberstürzung Verfassung und Kirche schädigen wolle. (Widerspruch.)

Präsident v. Forckenbeck: Es ist meine Pflicht, Gesetzentwürfe, welche außer drei Lesungen noch eine zweite Berathung nach Verlauf von 21 Tagen erfordern, so zeitig auf die Tagesordnung zu setzen, daß ihre Erledigung noch in dieser Session möglich ist. Gerade deshalb habe ich jene Gegenstände an die Spitze der nächsten Tagesordnung gestellt.

Abg. Lasker: Bei zeitiger Vornahme der ersten Berathung würde es möglich sein, die Vorlagen eventuell in einer Commission zu berathen. Tritt das Haus erst in der nächsten Woche in die Discussion, so würden sämmtliche Lesungen im Plenum stattfinden müssen. Dieser Grund sollte das Centrum mit der vorgeschlagenen Tagesordnung versöhnen.

Abg. Windthorst: Die Erledigung der fraglichen Gesetze hat keine übermäßige Eile. Sollten sie in dieser Session nicht zu Stande kommen, so ist das die Schuld der Regierung, welche sie nicht früh genug eingebracht hat. Es ist bekannt, daß sie schon lange fertig im Ministerium ruhten, und daß nur die starken Schwankungen am Steuerruder unseres Staates ihre Einbringung verzögert haben.

Es bedarf zweier namentlicher Abstimmungen, um die beiden Vorschläge Windthorst's mit 144 gegen 118, resp. mit 116 gegen 105 Stimmen zu verwerfen und die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung zu bestätigen. Schluß 6 Uhr.

Berlin, 15. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des deutschen Reiches den kaiserlichen Kreisdirector Dr. Freiherrn v. Oberländr zu Molsheim zum kaiserlichen Steuerdirector des Bezirks Unter-Elsaß, an Stelle des aus dem elsaß-lothringischen Dienste ausgeschiedenen Steuerdirectors Pahl, ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Appellationsgerichts-Rath v. Boguslawski in Breslau den Charakter als Geheimer Justiz-Rath; und dem Commerzien-Rathe C. Deneke zu Magdeburg den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath verliehen.

Die bisherigen Baumeister Julius Ernst Westphal in Glatz und Carl Mentzel in Gleiwitz sind als königliche Eisenbahn-Baumeister bei der Oberschlesischen Eisenbahn-Verwaltung angestellt worden. — Der Anwalt Gustav Adolph Wolff zu Straßburg ist, unbeschadet seiner Stellung als Anwalt, zum Advokaten im Bezirk des Appellationsgerichts zu Colmar ernannt. — Der Friedensrichter Dr. Warmuth zu Maasmünster ist an das Friedensgericht Selz und der Friedensrichter Treiber zu Selz an das Friedensgericht Maasmünster versetzt. — Der Professor Dr. Schöne hierselbst ist zum Mitgliede der königlichen Landes-Commission für die Wiener Ausstellung ernannt worden. — Der Thierarzt erster Klasse Johann Friedrich Merten zu Prieborn ist zum Kreis-Thierarzt des Kreises Habelschwerdt ernannt worden.

Berlin, 15. Januar. [Seine Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen in Gegenwart des Commandanten entgegen und hörten hierauf den Vortrag des Civil-Cabinets. Um $12\frac{1}{2}$ Uhr nahmen Se. Majestät den Vortrag des Minister-Präsidenten, General-Feldmarschalls Grafen von Roon in Staats-Ministerialsachen entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war im Kaiserin-Augusta-Erziehungsstift anwesend, und besichtigte mit der Prinzessin von Sachsen das Aquarium. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 15. Januar. [Die Altconservativen und die kirchlichen Gesetze. — Die Schulaufsicht. — Dementi.] Nicht nur die Rede, mit welcher der Cultusminister die kirchlichen Vorlagen beim Landtage eingebracht hat, sondern auch diese selber finden in den weitesten Kreisen ungetheilten Beifall. Auch die conservative Partei im Abgeordnetenhause wird nach Allem, was man darüber erfährt, mit dieser Angelegenheit der Regierung keine großen Schwierigkeiten bereiten. Nur ein kleiner Theil der Alt-Conservativen, der, wie erinnerlich, von der Berathung der Kreisordnung her durch einen Compromiß gebunden ist, die Centrums-Fraction in ihrer Opposition gegen die kirchlichen Vorlagen zu unterstützen, wird, wie es scheint, unter der Führung von Bodelschwingh, — Strosser — Holz der „Kreuz-Zeitung" folgen, das Gros der Fraction dagegen unter der Führung des alten Vorsitzenden von Denzin mit der Regierung gehen. — Der Evangelische Ober-Kirchenrath hat durch einen allgemeinen Erlaß angeordnet, daß von den Geistlichen die Niederlegung einer schon geführten Schulaufsicht, sowie die Ablehnung einer von Seiten der Staatsbehörde ihm neu angetragenen Schulaufsicht nur nach eingeholter Zustimmung des zuständigen Consistoriums erfolgen darf. Eine besondere Genehmigung zur Fortführung oder Uebernahme einer Schulaufsicht innerhalb der Parochie des Geistlichen oder der Ephorie des Superintendenten bedarf es nicht. Dagegen ist die Genehmigung jedesmal einzuholen, wenn ein Geistlicher die Function als Local-Schul-Inspector außerhalb seiner Parochie oder ein Superintendent die Function als Kreis-Schul-Inspector außerhalb seiner Diöcese übernehmen will. Sobald einem Geistlichen von der Regierung die Schul-Inspection entzogen wird, ist darüber von dem Betroffenen an das Consistorium Anzeige zu machen. Was die aus Kirchenkassen bisher für Acte der Schulaufsicht, wie Visitationen, Lehrer-Einführungen ꝛc. geleisteten Zahlungen betrifft, so erklärt es der evangelische Ober-Kirchenrath für unbedenklich, dieselben, so lange die Aufsichtsfunction in Verbindung mit dem bisher damit betrauten Amte bleibt, unverändert fort zu entrichten. — Die Nachricht der „D. R.-C.", nach welcher der gegenwärtige Polizei-Präsident von Berlin, Herr v. Madai, für einen anderen Posten bestimmt sei, ist ganz grundlos.

[Der Kammerherr] auf welchen die neuliche sehr auffällige Erklärung des Fürsten Bismarck im „Staatsanzeiger" sich bezog, ist, der „Magdb. Ztg." zufolge nicht Graf Schaffgotsch, sondern der Ober-Hofmeister der Kaiserin-Königin M. Graf v. Nesselrode-Ereshoven, ein gewöhnlich tapfer gegen die Regierung stimmendes Herrenhausmitglied.

[Die königlichen Ordres] wegen Entlassung des Ministers v. Selchow lauten wie folgt:

Auf Ihren Antrag vom 4. December v. J. will Ich Ihnen die nach-

gesuchte Entlassung aus Ihrem jetzigen Amte unter dankbarer Anerkennung der Mir geleisteten treuen Dienste, von welchen später wieder Gebrauch zu machen Ich Mir vorbehalte, unter Bewilligung der reglementsmäßigen Pension und unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers, hierdurch ertheilen und habe dies dem Staatsministerium bekannt gemacht.

Berlin, den 13. Januar 1873. Wilhelm.

Indem Ich die von Ihnen nachgesuchte Entlassung durch anderweitige Ordre vom heutigen Tage genehmige, fühle Ich Mich bewogen, Ihnen in dankbarer Anerkennung Ihrer Mir, namentlich während des vielbewegten letzten Jahrzehnts, als Mitglied Meines Staatsministeriums geleisteten treuen Dienste Meinen Kronen-Orden erster Klasse mit dem Emaille-Bande des Rothen Adler-Ordens in Brillanten zu verleihen. Ich habe die General-Ordens-Commission angewiesen, Ihnen die Insignien zuzustellen.

Berlin, den 13. Januar 1873. Wilhelm.

Pillau, 15. Jan. [Bewilligung.] Zum Weiterbau der hiesigen Moolen resp. zu einem Petroleumhafen sind, gutem Vernehmen nach, von dem Handelsminister 200,000 Thlr. bewilligt worden.

Posen, 14. Januar. [Verurtheilung.] Der Vorstand der „Großen National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln" zu Berlin veröffentlicht das vom 25. November v. J. von dem Königl. Kreisgericht zu Beuthen O.-S., gegen den Probst Eduard Buhner in Sobotka, Kr. Pleschen gefällte Erkenntniß, wonach der Angeklagte des wiederholten Vergehens wider die öffentliche Ordnung, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, so wie der öffentlichen verleumderischen Beleidigung zu wiederholten Malen schuldig und daher zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt ist. Zugleich wurde auf Unbrauchbarmachung sämmtlicher Exemplare der bei ihm in Beschlag genommenen Druckschriften „Kelle und Kreuz", „der neue Gott" und deren polnischen Uebersetzungen, so wie der zu ihrer Herstellung bestimmten Platten erkannt und endlich der Großen National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln das Recht zugesprochen, die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen einmal auf deutsch in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, so wie einmal auf polnisch in der zu Königshütte erscheinenden „Katolik" öffentlich bekannt zu machen. Da der Angeklagte keine Berufung gegen das Urtheil eingelegt hat, ist dasselbe nunmehr rechtskräftig geworden. (Pos. Z.)

Wiesbaden, 15. Jan. [Der Prinz Arthur von Großbritannien] traf heute Nachmittag um 2 Uhr auf der Reise nach Darmstadt zu einem mehrstündigen Besuche bei dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin des deutschen Reiches und von Preußen hier ein. Zum Empfange ihres hohen Verwandten hatten sich die höchsten Herrschaften zu Wagen nach Mainz begeben.

Italien.

Rom, 10. Januar. [In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer] waren nur etwa hundert Abgeordnete anwesend. Dem Herzoge von Sermoneta, der sein Mandat für den 5. römischen Wahlbezirk niederzulegen erklärte, wurde auf Antrag Crispi's statt der verlangten Entlassung ein Urlaub von einem Monate gewährt. Crispi führte aus, es sei eine Ehrensache für die Kammer, daß dieser Name, der an die Befreiung Roms erinnere und dem durch so viele Dienste die Dankbarkeit Italiens gesichert sei, nicht aus der Mitgliederliste gestrichen werde. Nachdem der Präsident über den Empfang der Neujahrsdeputation beim Könige berichtet hatte, richtete der Abg. Massari an den Ministerpräsidenten eine Frage über die Authenticität der Nachricht vom Tode Napoleons III. Im Falle, daß der Telegraph die Wahrheit gemeldet habe, glaube er es für seine Pflicht halten zu müssen, sein und seiner Freunde tiefstes Mitgefühl mit dem Tode eines Mannes auszudrücken, der so viel zum Triumphe der nationalen Unabhängigkeit beigetragen habe (Zustimmung). — Der Ministerpräsident Lanza: „Noch ist der Regierung keine amtliche Anzeige über den Tod des vormaligen Kaisers der Franzosen zugekommen, aber man kann die traurige Nachricht für sicher halten und ich schließe mich Herrn Massari an in der Klage über einen Verlust, der gewiß mit der größten Betrübniß in ganz Italien gefühlt werden wird, wo die Erinnerung an die großen Dienste fortlebt, welche unserer Sache von dem Manne, dessen Tod man heute meldet, geleistet worden sind." Die Kammer trat darauf in die Generaldebatte des Etats der öffentlichen Arbeiten ein.

[Jesuitische Artigkeit gegen Professor Schulte.] Die „Voce della Verita" bringt einen wüthenden Artikel gegen den Professor Schulte als den „Koch, welcher die Gesetze gegen die Katholiken in Berlin bereiten muß". Lediglich zur Charakteristik der Sprache, die von den Organen des Vaticans gepflegt werden darf, führen wir an, daß das fromme Blatt den berühmten Gelehrten einen „schlechten Katholiken" nennt, der ärger sei als zwei Juden oder zehn Protestanten, und dann mit folgender Apostrophe schließt:

Aber, lieber Schulte einmal mußt Du doch crep..... (Die „Voce" druckt es unbedenklich aus.) Du bist nicht allein Altkatholik, sondern Du bist auch ein alter Mann, und deine Zeit kommt, so mußt Du fort. Ist es nicht dieses Jahr, so ist es eines der nächsten; aber Du mußt fort. Ich weiß nicht, ob ein Priester an Deinem Sterbebett stehen wird, und noch viel weniger was für einer, aber auf alle Fälle wirst Du eine Stimme hören, die Dir in's Ohr ruft: „Elender, bald wirst Du vor Gottes Richterstuhl stehen, aber allein, ohne Döllinger, der Dich lobt, und ohne Bismarck, der Dir hilft; Mörder Deiner Kirche, gieb Rechenschaft!"

Frankreich.

* **Paris**, 13. Jan. [Die Regierung und die Bonapartisten.] Die Regierung, schreibt man der „N.-Z.", erhielt aus allen Departements Berichte, daß der Tod des Kaisers allgemeiner Gleichgiltigkeit begegnet sei und nirgends Aufregung oder Manifestationen hervorgerufen habe. Heute Abend fand die Abreise einer großen Anzahl Getreuer statt, so daß noch zwei Extrazüge arrangirt werden mußten. Die Abreisenden wurden durch die Nachricht erschreckt, daß heute Morgen der Expreßzug von Calais aus den Schienen gerathen, der Locomotivführer todt, der Heizer und 2 Reisende schwer und sechs Reisende leicht verwundet seien. Die bonapartistischen Blätter kündigen an, daß die Trauer um den Kaiser drei Monate getragen werden würde. Die Sprache dieser Presse ist immer mehr provocirend, aber der Justizminister hat angewiesen, sie vorläufig noch gewähren zu lassen. Mac Mahon ist noch nicht abgereist. Der Zustand des bereits länger erkrankten Marineministers Pothuau ist sehr bedenklich. Die Regierung hat heute günstige Nachrichten aus Spanien. — Der Tod des Kaisers Napoleon, schreibt man der „K. Z.", hat unter den Verwandten und Vertrauten sehr überrascht. Die Prinzessin Mathilde hatte noch am 8. d. einen Brief von der Cousine Eugenie erhalten, der zwar beunruhigend, aber doch nicht der Art war, daß die Prinzessin an die Reise nach Chislehurst hätte denken können. Prinz Karl Bonaparte, der im Camden-Place zugebracht, wollte gerade nach Italien zurückreisen, wo er gewöhnlich wohnt. Herr Clary, einer der Getreuesten des gestürzten Kaisers, hatte einem der Getreuen ziemlich beruhigende Nachrichten überbracht. Der Eindruck der Todesbotschaft war daher in bonapartistischen Kreisen um so stärker, und man war über Sir H. Thompson's Verfahren entrüstet: er habe Mißbrauch mit dem Chloroform getrieben und die Operationen zu rasch auf einander folgen lassen. Ein Theil der Bonapartisten soll entschlossen sein, sofort für den kaiserlichen Prinzen vorzugehen, „den kein Tadel treffe und den keine Verantwortlichkeit für die Leiden des Vaterlandes belaste". Die Hoffnung auf Herstellung des Kaiserthums soll aber in den weiteren imperialistischen Kreisen sehr gesunken sein, zumal ein großer Theil der höher stehenden Beamten aus der Kaiserzeit, die sich aus Dankbarkeit gebunden fühlten, jetzt freiere Hand hat. — Wie man aus Chislehurst berichtet, haben alle Beamten und Bedienten des exkaiserlichen Hofes Befehl erhalten, den „Prince impérial" als Kaiser zu behandeln und mit „Majestät" anzureden. Die Kaiserin selbst hat den Titel: „Impératrice Regente" angenommen. An die bonapartistischen Blätter in Frankreich ist der Befehl ergangen, nicht mehr vom „kaiserlichen Prinzen", sondern nur noch von „Napoleon IV." zu sprechen, und sie kommen demselben auch eifrig nach, da sie ihre Artikel mit: „Der Kaiser ist todt! Es lebe der Kaiser! Napoleon III. ist todt, es lebe Napoleon IV.!" beenden. Die Landestrauer, die von Chiselhurst angeordnet wurde, wird eine Dauer von drei Monaten haben. Der „Ordre" kündigt dieses heute an der Spitze seiner Spalten in fetter Schrift an. Zugleich bringt dieses Blatt wieder einen Artikel zu Gunsten Napoleons IV., der ihm zufolge allein Aussicht hat, den französischen Thron binnen Kurzem zu besteigen. Nach dem „Ordre" ist Thiers unfähig, etwas zu gründen: er könne keinen militärischen Staatsstreich machen, da die Armee für den Kaiser sei, und keinen parlamentarischen, da die conservative Mehrheit sich nicht zum Mitschuldigen eines Attentats gegen die Ordnung machen wolle. Die Aufrechterhaltung des Status quo bis zur Befreiung des Territoriums bleibe deßhalb allein übrig; sobald diese beendet, seien weder Orleanisten, noch Legitimisten im Stande, sich an die Gewalt zu bringen, und auf dem Haupte Napoleon's IV., der dann volljährig sei, ruhe allein das Princip, die Tradition und das nationale Recht des Kaiserreiches. Jung, in der Schule der Größe und des Unglücks erzogen, und umgeben von Beamten, die während 20 Jahren gebildet worden seien, die man nicht habe ersetzen können und die fast alle treu geblieben seien, sei er die unverletzte, einzige Hoffnung, noch mehr die sociale Nothwendigkeit. In ihm sei das Heil. Aehnlich wie „Ordre drücken sich die übrigen bonapartistischen Blätter aus. — Der „Mont-Blanc", ein Journal von Annecy, erscheint mit Trauerrand, und es zeigt an, eine Adresse an die Kaiserin und den Prinzen liege in seiner Direction zur Unterzeichnung auf.

[Beust und Gramont.] Der „Independance Belge" wird von einem ihrer Pariser Correspondenten berichtet, daß Gramont in dem Moment, wo Beust seine beiden Actenstücke veröffentlichte, demselben angezeigt habe, er werde antworten; man sei daher neugierig, was Gramont werde erwiedern können.

[Thiers] wurde von Amiens, Abbeville, Dünkirchen, Boulogne und Lille ersucht, diese Städte auf seiner Reise nach Calais zu besuchen. Barthelemy St. Hilaire entgegnete, Thiers könne diesen Einladungen keine Folge geben.

[Ueber die Artillerie-Experimente in Calais] bringt das „Evenement" einiges Nähere: „Die Versuche mit den nach den Ideen des Präsidenten der Republik angefertigten Geschützen sind, wie es heißt, zur Zufriedenheit ausgefallen. Ein Bericht des Oberst Montluisant, Präsidenten der Commission, präcisirt die Resultate. Sollte das Ergebniß der noch anzustellenden Versuche ein günstiges sein, so wird sich Hr. Thiers in der zweiten Hälfte d. M. nach Calais begeben, um Experimenten mit der Kanone von seiner Erfindung, so wie zwei anderen Geschützen, die schon in Tarbes und Trouville versucht wurden, beizuwohnen. Die Arbeiten der drei Versuchs-Commissionen werden mit großem Eifer betrieben, da die Regierung wünscht, daß diesen Sommer zahlreiche Artillerie-Manöver in verschiedenen Uebungslagern stattfinden." Demselben Blatte zufolge hat die Regierung 1200 Holzhäuschen bestellt, welche zusammengelegt werden können und die für Neu-Caledonien bestimmt sind. Dieselben bestehen aus zwei Gemächern, einem Wohnzimmer und einer Räumlichkeit, die als Werkstatt dienen kann. Dieselben kommen im Durchschnitte dem Staate auf 200 Francs zu stehen. Ein erster Versuch, der in Noumea angestellt wurde, ist vollständig gelungen und 1500 Baraken dieser Art sind dort bereits errichtet.

[Verhaftungen.] Die „Union Nationale" schreibt: „Gaillard, Municipalrath von Narbonne, und Canutis, Kaufmann, wurden gestern verhaftet. Sie sind angeschuldigt, der Internationale anzugehören. Es wurden gleichfalls heute Morgen verhaftet: Revel, Giraud, Municipalräthe, und Daries, Kaufmann in Narbonne.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 16. Januar. Angekommen: Ihre Durchlaucht Fr. Fürstin Boguslav v. Radziwill, n. Prinzessin, a. Berlin. Prinz Edmund u. Boguslaw v. Radziwill, Berlin. Ihre Durchlaucht Prinzeß v. Carolath-Schönaich a. Möllendorf. (Frdbl.)

□ [Benutzung der ersten Volksbibliothek.] Es dürfte von Interesse sein, vor der mit nächstem zu erwartenden Eröffnung der zweiten und dritten Volksbibliothek eine Jahresstatistik der bereits bestehenden älteren solchen Bibliothek in unserer Stadt zu überblicken. Diese hat im abgelaufenen Jahre ausgeliehen:

im	Jannar	Februar	März	April	Mai	Juni	
an	158	193	218	214	186	193	Leser
	272	577	514	331	184	319	Bücher
im	Juli	August	Septemb.	October	Novemb.	Decemb.	
an	191	196	198	237	249	239	Leser
	183	201	471	426	591	425	Bücher.

Zusammen an 2472 Leser 4494 Bücher. Die monatliche Durchschnittzahl der Leser ist somit 206, die der ausgeliehenen Bücher 374,5. Die höchste Leser- und Bücher-Zahl zeigt der November, die niedrigste Leserzahl der Januar, die niedrigste Bücherzahl der Juli, demnächst der Mai; dagegen der Juni eine auffallend hohe. Die niederen Ziffern des Januar sind dadurch bedingt, daß mit der Jahreswende alle Bücher eingeliefert und die Bürgschaftscheine erneuert werden müssen, der Controlle wegen. — Im Durchschnitt kommt nicht ganz ein 2maliger Bücherwechsel im Monate auf den Leser. Thatsächlich wechseln jedoch die fleißigen Leser öfter, meist wöchentlich, und es ergiebt sich dem gegenüber eine bedeutende Anzahl solcher, die sehr saumselig in der Rücklieferung sind. Die in einigen Monaten höhere Leser- als Bücherziffer ist Beleg für das Behalten von Büchern über die Dauer von 4 Wochen hinaus. — Von den insgesammt 2472 Lesern der 12 Monate sind Erwachsene nur 450, also durchschnittlich 18,2 Procent oder einer von je 4½; 2022 oder 81,8 Procent sind jugendlichen Alters. Dieses Verhältniß dürfte sich jedoch durch das größere Bekanntwerden der Sache mit der Eröffnung der beiden neuen Bibliotheken sehr bald ändern. — Gegen Pfandeinlage lasen 172 oder 7 Procent, gegen Bürgschaftschein 2300 oder 93 Procent. Die Pfand-Einlage beträgt einen Thaler. Das Darleihen der Bücher geschieht unentgeltlich. Bürgschaft leisten darf Jeder, der ein öffentliches Siegel führt, für die Zöglinge öffentlicher Schulen deren Lehrer.

μ. [Feuer.] In dem Mühlen-Raume der im Wolfswinkel an der Ohlauer-Chaussee belegenen Cichorien-Fabrik brach auf unermittelte Weise heute in der ersten Morgenstunde Feuer aus. Obwohl die Fabrikspritze sofort in Thätigkeit gesetzt worden war, gelang es doch nicht, das Feuer zu unterdrücken und wurde die Feuerwehr alarmirt, die denn auch in nicht zu langer Zeit die Gefahr beseitigte.

H. **Breslau**, 15. Januar. [Gewerbeverein.] Die gestern Abend in der alten Börse abgehaltene allgemeine Versammlung wurde von Hrn. Stadtrath Hipauf geleitet. In derselben machte zunächst der Vereinssecretär Herr Dr. Fiedler, verschiedene Mittheilungen. Den Geh. Commercienrath v. Ruffer hat der Vorstand zu seinem 50jährigen Bürgerjubiläum mittelst Schreibens beglückwünscht. Das hierauf eingegangene Dankschreiben wird vorgelesen. Im Anschluß daran theilt der Vorsitzende mit, daß der Herr Jubilar dem Magistrat 500 Thaler mit der Bestimmung überwiesen habe, daß davon weniger bemittelten Bürgern, welche ihr Gewerbe seit 40—50 Jahren betrieben haben und zur Zeit noch betreiben, Prämien von je 25 Thalern ausgezahlt werden sollen. — Ein anderes Mitglied und Mitbegründer des Vereins, Herr Drechslermeister Wolter, feiert am 20. d. Mts. ebenfalls sein 50jähriges Bürgerjubiläum. — Weiter legt der Secretär verschiedene Eingänge über die Wiener Weltausstellung vor. Die Centralcommission hat dem Vorstande das Gesetz vom 13. November v. J. über den zeitweiligen Schutz der bei der Wiener Ausstellung zur Ausstellung gelangenden Gegenstände übersandt, das vom Schriftführer vorgelesen wird. — Am 18. d. M. feiert der Verein sein 45. Stiftungsfest, zu dem, wie üblich, die Spitzen der Behörden geladen sind. Dieselben haben ihr Erscheinen zugesagt. — Demnächst hielt Herr Kaufmann Hutstein einen recht interessanten und lehrreichen Vortrag über Färbung und Politur der Nutzhölzer, den derselbe durch eine Anzahl anziehender Experimente und durch Vorlegung verschiedener Proben erläuterte. Dem Vortragenden wurde der Dank des Vereins ausgesprochen. — Schließlich theilte der Secretär noch mit, daß Herr Lehrer Berger seinen angekündigten Cursus für Buchführung nunmehr beginnen werde.

e. **Löwenberg**, 14. Januar. [Zur Tageschronik.] Regierungs-Assessor von Haugwitz ist von Liegnitz aus hierher entsendet worden zur Stellvertretung beim hiesigen Landrath-Amte für den als diesseitigen Abgeordneten in Berlin anwesenden Landrath Geh. Regierungs-Rath Dr. von Cottenet auf Schloß Braunau. — Der hiesige vaterländische Frauen-Zweig-Verein hat im Jahre 1872 Einnahme gehabt: 786 Thlr., Ausgaben 578 Thlr., bleibt Bestand 208 Thlr. Der Gewerbe-Verein beging am Sonnabend sein dreißigstes Stiftungs-Fest im Gasthofe zum weißen Rosse unter großer Theilnahme der Vereinsmitglieder.

§. **Striegau**, 14. Jan. [Stadtverordnetensitzung. — Elisabetverein. — Füchse.] In letzter Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst das Bureau pro 1873 constituirt und die zeitherigen Mitglieder, nämlich: Kaufmann Opitz als Vorsitzender, Kaufmann Helbig als Protokollführer führer, Kaufmann Köhler und Controleur Merleck als deren Stellvertreter wiedergewählt. Zur Kenntniß gelangte, daß Bürgermeister Lincke in Lüben die auf ihn gefallene Wahl angenommen hat und daß für unsere höhere Bürgerschule gewählt sind: Strube, ordentlicher Lehrer am Waisenhause und der Schulanstalt zu Bunzlau, sowie Dr. phil. Kroll, Schulamtscandidat zu Neustadt-Eberswalde, sie treten mit Eröffnung der Secunda, Term. Ostern c., in ihr Amt. Die Wahl eines achten Magistratsmitglieds fiel auf den Produktenkaufmann Keller. Unser provisorischer Stadtsecretär, Gerichtsactuar Muche, dessen definitive Anstellung sicher mit Freuden begrüßt worden wäre, zieht es vor, mit Ablauf des ihm vom Gericht bewilligten Urlaubs am 1. März c. wieder in den Gerichts-Subalterndienst zurückzutreten, weshalb eine Neuwahl aus der Zahl der übrigen Bewerber um qu. Posten eintreten soll. Das städtische Kranken- und Armenhaus soll der Kreisvertretung für den Preis von 6000 Thlr. incl. Inventar zum Kauf offerirt werden. § 5 des Leihamts-Statuts vom 25. Januar 1861 ist dahin geändert, daß auch gegen Niederlegung pupillarisch sicherer Hypotheken auf hiesige städtische Grundstücke nebst wechselmäßiger Verpflichtung Darlehne bis zu 80 pCt. der hinterlegten Hypothek bewilligt werden. Ein Antrag auf Verlegung des Wochenmarktes von Montag auf Donnerstag wurde einstimmig abgelehnt. Das Nivellement der verlängerten Klosterstraße ist festgestellt und die Ausführung der neuen Straße über die Promenade nach der Zigangasse im eifrigsten Betriebe. — Der 14. Bericht des Elisabet-Vereins (graue Schwestern) ergiebt, daß im Jahre 1872 272 Personen verpflegt, an Speisen 2712 Portionen, sowie 153 Krankensuppen verabreicht und an Gelde 18 Thlr. 20 Sgr. 8 Pf. vertheilt worden sind. — Ein Grundbesitzer in unserer Nähe konnte sich den Verlust an Federvieh nicht recht erklären, bis er unweit seiner Besitzung einen Fuchsbau entdeckte, dem jedoch nicht beizukommen war. Ein Arbeiter kam indeß auf den Einfall, eine Flasche mit einer ziemlichen Portion Sprengpulver in den Bau zu lassen und das Pulver mittelst einer aus der Flasche geleiteten Zündschnur zu entzünden. Nachdem die Explosion mit heftiger Detonation erfolgt war, grub man nach und fand drei erstickte Füchse, deren Bälge an einen hiesigen Kürschner verkauft sind.

⊙ **Trebnitz**, 14. Januar. [Zur Tageschronik.] Nachdem mit heutigem Tage der vom Consistorium zum 3. Geistlichen an hiesiger evangel. Kirche gewählte Pastor Pätzoldt aus Baumgarten bei Bolkenhain, hier eingetroffen ist, soll nächsten Sonntag, den 19. d. M., nicht nur dessen Installation, sondern auch die des bisherigen dritten Pastors Neumann zum Pastor sec. erfolgen. — Der zum Dirigenten der höheren Unterrichtsanstalt gewählte Dr. phil. Schmidt aus Prirosbrük bei Storkow tritt, wie verlautet, mit dem 1. Februar sein Amt hier an, während die schon seit Anfang October vorigen Jahres vacante 6. Lehrerstelle der evangel. Elementarschule noch immer durch einen — Präparanden ausgefüllt wird. — Wie lange dieses, das Gedeihen der Schule keineswegs fördernde Interimisticum noch dauern soll, darüber verlautet nichts! — Mit dem Bau der so dringend nothwendigen Chaussee von hier nach Obernigk scheint man in diesem Jahre wohl noch nicht vorgehen zu können resp. zu wollen und wird in dem Aufschieben — aber keineswegs Aufheben — dieser hochwichtigen Angelegenheit die mit derselben eng zusammenhängende, seit Jahren so sehnlichst erwartete Pflasterung des gar sehr holperigen Marktplatzes wohl auch wieder in noch weitere Ferne gerückt werden. Mögen die lieben Oberstädtler sich noch ein wenig gedulden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 15. 16.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333''',90	333''',79	333''',23
Luftwärme	+ 6°,9	+ 3°,3	+ 3°,5
Dunstdruck	2''',81	2''',03	2''',29
Dunstsättigung	77 pCt.	76 pCt.	84 pCt.
Wind	S. 0	SW. 1	SW. 1
Wetter	zieml. heiter.	bezogen, neblig.	trübe.

Breslau, 16. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 3 Z. U.-P. — F. 3 Z.

Berlin, 15. Jan. Das Geschäft zeigte sowohl in der Tendenz, wie in der Coursentwickelung, eine geringe Abschwächung, die vorzugsweise aus der minder stark auftretenden Kauflust, wenn wir nicht gar von einer im Stillen vorhandenen Verkaufslust sprechen wollen, resultirte. Der Geldmarkt ist sehr flüssig und ist der Privatdiscont auf 3¾ pCt. zurückgegangen. Wenn andere Geldsätze unverändert geblieben sind, so liegt dies zumeist daran, daß das Geschäft darin nur äußerst geringfügig blieb. Die Speculations-Papiere hatten ihre gestrigen Notirungen nicht behaupten können, dennoch gingen sie in ziemlich fester Tendenz rege um; nur Staatsbahn-Actien ermatteten gegen den Schluß in stärkerem Maße. Lombarden und österr. Creditactien waren bevorzugt, konnten sich jedoch ebensowenig auf ihren höchsten Notirungen halten. Von österr. Bahnen, die sich recht fest zeigten, sind neben Galiz. u. Oesterr. Nordwestb. auch Kaschau-Oderb. als belebter zu erwähnen. Oesterr. Fonds hatten weniger fest eröffnet, besserten jedoch ihre Haltung, so daß zum Schluß der Börse noch eine stärkere Nachfrage ungedeckt blieb. Auch waren andere auswärtige Fonds gut begehrt, vor allen blieben Türken zu höherem Course gefragt. Amerik. ruhig und fest, von russischen Fonds gingen Bodencredit-Pfandbriefe in größeren Beträgen um, auch Pfd. St.-Anleihen und Bahnen fanden gute Beachtung. Sehr vernachlässigt waren preuß. und deutsche Fonds, das geringe Geschäft bot nur zu wenigen Coursveränderungen Veranlassung. In ähnlicher Tendenz entwickelte sich der Handel in Prioritäten, die still und fest waren. Görlitzer und 6% Ruff. Maschinen blieben gut zu lassen. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte entwickelte sich der Verkehr in einer von der Haltung des übrigen Börsengeschäftes unabhängigen Weise. Größere Umsätze gaben dem Geschäft Leben und Schwung. Von den schweren Actien zeichneten sich Rheinische und Bergische besonders aus; für erstere gab man die December-Mehreinnahme auf 200,000 Thlr. an. Görlitzer gingen in sehr bedeutenden Beträgen um und erzielten eine mehrprocentige Avance. Unter den leichten Actien erfreuten sich Schweizer Westb., Brest-Grajewo, Berlin-Dresd. guter Beachtung. Auch im Prämiengeschäfte hielt für Eisenbahnwerthe rege Kauflust an, so daß auch hier die Umsätze recht belangreiche Dimensionen annahmen. Bank-Actien behaupteten ebenfalls gute Festigkeit und notirten meist höher, so besonders Disc.-Comm., Darmst. und Prov.-Disc. Auch Gewerbebank, Quistorp, Centralbank für Bauten und Unionbank konnten im Course anziehen. Allgemeine Depositenbank, Thüringer und Jachmann beliebt, Centralbank für Industrie und Handel sehr gesucht und lebhaft. Dresdener Bank 105½ Gd., Dresdener Handelsbank 99 B., Görlitzer Vereinsbank 107¾ Posten bez. Geld, Hallesche Creditbank 92 G., Hamburger Bank-Verein 109 Geld, Leipziger Discontobank 109 bez. G., Wiener Arbitrage 129. Industriepapiere fest und in gutem Verkehr. Torfgräberei und Charlottenburger Bauverein mehrprocentig höher. Von Chemischen Fabriken fanden Leopoldshall, Cöpeniker und Charlottenb. Beachtung, auch Halberstädter Eisenw. 108 in regem Verkehr, desgl. Chemn. Baugef. Zu gestriger Notiz war Donnersmarck begehrt und Siegersdorfer St.-P. über Cours gefragt, Oberschles. Eisenbahnbedarf und Münich besser, Egells und Freund etwas matter. In Faßfabrik sehr belebtes Geschäft. (Bank- u. H.-Ztg.)

Berlin, 15. Januar. Weizen Termine etwas billiger verkauft. Gekündigt 4000 Ctnr., loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, weißbunter poln. — Thlr. bez., gelber märkischer 80 Thlr. ab Bahnhof bez., pro Januar 81¾ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 81¾ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 82⅝—½—¾ Thlr. bez., Mai-Juni 82—½ Thlr. bez. — Roggen loco verkaufte sich ziemlich gut. Termine verkehrten heute in matter Haltung, und mußten

Abgeber sich in etwas billigere Gebote fügen. Der Handel bewegte sich dabei in den engsten Grenzen. Loco 58—60 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qual. bez., pr. Januar 57¾—58 Thlr. bez., Januar-Februar 57¾ Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 56⅛—⅜—⅛ Thlr. bez., Mai-Juni 56⅜—56—⅜ Thlr. bez., Juni-Juli 55⅞—¾—⅞ Thlr. bez. — Rüböl unter dem Einflusse des andauernden milden Wetters matt, neuerdings einige Bruchtheile billiger. Loco 22¾ Thlr. bez. — Spiritus loco fest und höher, war auf Termine still und kaum verändert, loco ohne Faß 18 Thlr. 4 Sgr. bez., pro Januar und Januar-Februar 18 Thlr. 10—12—10 Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 20—23—22 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 21—26—24 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 2 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 10—7—8 Sgr. bez. — Wetter: trübe.

B. Stettin, 15. Januar. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: stürmisch. Temperatur + 8° R. Barometer 28" 3'". Wind: SW.

Getreidebestände.

	Am 15. Januar 1873.	Am 1. Januar 1873.	Am 15. Januar 1872.
Weizen	5378 Wispel	5238 Wispel	10703 Wispel
Roggen	15710 „	17145 „	7788 „
Gerste	863 „	680 „	1311 „
Hafer	1625 „	1624 „	1026 „
Erbsen	560 „	479 „	218 „
Wicken	509 „	499 „	133 „
Rübsen	5648 „	6322 „	1320 „

Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 52—61 Thlr. bez., besserer 62—72 Thlr. bez., feiner 73—81 Thlr. bez., pr. Januar 81¼ Thlr. nom., pr. Frühjahr 82¼, ½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82¾, ¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 82¾ Thlr. Gd., pr. Juli-August 82¾ Thlr. Gld. — Roggen schwankend, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54½ Thlr. bez., feiner bis 56½ Thlr. bez., pr. Januar 54 Thlr. Gld., 54¼ Thlr. Br., pr. Februar-März 54¼ Thlr. Gld., pr. Frühjahr 55¼, ⅛, 55, 54¾, 55, 55¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 55¼, 55 Thlr. bez. u. Gld., pr. Juni-Juli 55 Thlr. bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer ohne Handel. — Erbsen ohne Handel. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 103 Thlr. Gld. — Rüböl still, pr. 200 Pfd. loco 23¼ Thlr. Br., pr. Januar-Februar 22¼ Thlr. Br., pr. April-Mai 23¼ Thlr. Br., pr. September-October 23¹¹⁄₁₂ Thlr. Br. — Spiritus fest, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 17⅞ Thlr. bez., pr. Januar u. Januar-Februar 17¹¹⁄₂₄ Thlr. nom., pr. Frühjahr 18⅛, ⅛ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 18⅛ Thlr. bez. — Petroleum loco 7⅛, 7 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 6¾ Thlr. bez., pr. Februar-März 6¾ Thlr. bez.

Angemeldet: 2000 Ctr. Roggen.

Regulirungspreise: Weizen 81¼, Roggen 54, Rüböl 22¼, Spiritus 17¹¹⁄₂₄ Thlr.

Heutiger Landmarkt: Weizen pr. 25 Schffl. 62—82 Thlr., Roggen pr. 25 Schffl. 51—57 Thlr., Gerste pr. 25 Schffl. 43—49 Thlr., Hafer pr. 26 Schffl. 26—32 Thlr., Erbsen pr. 25 Schffl. 48—54 Thlr., Kartoffeln pr. 24 Schffl. 13—16 Thlr., Heu pr. Ctr. 22½—27½ Sgr., Stroh pr. Schock 7 bis 9 Thlr.

Wien, 15. Januar. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]

Notenumlauf	323,548,850,	Abnahme	1,515,980 Fl.
Metallschatz	142,917,928,	Abnahme	15,400 „
In Metall zahlbare Wechsel	4,584,637,	Abnahme	162,161 „
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,445,305,	Zunahme	309,889 „
Wechsel	175,286,268,	Zunahme	3,509,910 „
Lombard	29,127,000,	Zunahme	68,000 „
Eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe	3,690,666,	Abnahme	96,134 „

⊙ Paris, 13. Jan. [Börse.] Trotz der niedrigen Notirungen, die von den deutschen Märkten gemeldet werden, gewann die Haussebewegung auf hiesigem Markte noch an Energie. Sie scheint sogar sich zu überstürzen; wenigstens ist dies die Meinung der ruhigeren Beobachter. Uebrigens erstreckt sich das Geschäft fast ausschließlich auf die Rente; die übrigen Werthe sind vernachlässigt und schließen theilweise, wie Oesterreicher, en Baisse.

≠ Breslau, 16. Jan., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war ohne Bedeutung, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6¾ bis 9 Thlr., gelber 7—8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅙ Thlr., feinste Sorte 6⅓ Thlr. bezahlt.

Gerste gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 4⅔—5⅓ Thlr., weiße 5⅔ bis 5⅚ Thlr.

Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4⅙ bis 4⅓ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen lustlos, pr. 100 Kilogr. 4⅔—5⅓ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4⅙—4⅔ Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—3⅓ Thlr., blaue 2¹¹⁄₁₂ bis 3⅓ Thlr.

Bohnen niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5⅔—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5⅓ Thlr.

Oelsaaten unverändert.

Schlaglein mehr offerirt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.			
Schlag-Leinsaat	8 — —	8 15 —	9 — —
Winter-Raps	9 15 —	9 17 6	10 2 6
Winter-Rübsen	8 27 —	9 2 6	9 17 6
Sommer-Rübsen	8 17 —	9 — —	9 17 6
Leindotter	7 — —	7 25 —	8 10 —

Rapskuchen mehr beachtet, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen matter, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat gute Kauflust für feine Qualitäten, rothe 13—16 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, 8½—10½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¾—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 15. Januar. Die Verlesung des von der Dreißiger-Commission der Nationalversammlung zu erstattenden Berichtes, über welchen mit Thiers ein Einverständniß erzielt sein soll, dürfte am nächsten Freitag stattfinden. — Auf die Dreimilliarden-Anleihe sind bis jetzt 2200 Millionen Francs eingezahlt worden. — Die Nachricht von der bevorstehenden Reise des Präsidenten nach Calais bedarf noch der Bestätigung.

Versailles, 15. Januar, Abends. Nationalversammlung. Belcastel erinnert an die Thatsachen, welche der Entlassung Bourgoings vorangingen, und fragt, ob dieselbe die Verzichtleistung auf die Politik des Schutzes und der Achtung, die man dem Papste schulde, bedeuten. Der Schutz des Vaticans Seitens Frankreichs sei wichtig für das Heil und die Befreiung der Welt. Dufaure erwiderte: Die den Offizieren des „Orinoco" ertheilten Instructionen seien einfach eine Höflichkeitssache gewesen; sie schließen keineswegs die Aufgabe der Beziehungen zum päpstlichen Stuhle ein; dies beweise die Ernennung Corcelles, welche den liberalen wie katholischen Gesinnungen jede Garantie biete. Das Protectorat über die französischen religiösen Institute in Rom werde eine der wichtigsten Sorgen sein, die Corcelles anvertraut seien. Frankreich ermuthige keineswegs eine papstfeindliche Politik. Dufaure weist schließlich hin auf die Schwierigkeiten der französischen Regierung, die zwei Repräsentanten in Rom haben müsse, und bittet die Versammlung, hierauf Rücksicht zu nehmen. Chesnelong dankt Dufaure. Er erkenne diese Schwierigkeiten an, beschwöre aber die Regierung, das Interesse Frankreichs nicht von dem des Katholicismus zu trennen, und in der Beschützung des Papstes, dessen Muth und Tugenden die ganze Welt bewundere, fortzufahren. Der Zwischenfall ist hiermit geschlossen.

Haag, 15. Jan. Das amtliche Blatt, der „Staatscourant", veröffentlicht die mit Belgien geschlossenen Verträge betreffs Capitalisirung der in dem Vertrage vom Jahre 1842 erwähnten Rente von 400,000 Fl., ferner betreffs Aufhebung der Zuschlagssteuer auf holländische, in Belgien eingeführte Spirituosen, endlich betreffs Concessionirung der Nord-Eisenbahngesellschaft wegen Benutzung niederländischen Gebiets zum Bau der Eisenbahn von Antwerpen nach Gladbach.

Bern, 15. Januar. Die Regierung des Kanton Wallis hat eine Anfrage des schweizerischen Bundesrathes in Betreff der projectirten Errichtung einer zweiten Spielbank in Massongez dahin beantwortet, sie habe schon mehrmals Gesuche bezüglich der Errichtung von Spielbanken abgewiesen; für Errichtung einer solchen in Mastongez sei jedoch ein Gesuch gar nicht eingereicht worden.

Bukarest, 15. Januar. Wegen des Ablebens des Kaisers Napoleons ist eine fünfzehntägige Hoftrauer befohlen. In allen Kirchen des Landes wird heute ein feierlicher Trauergottesdienst für den Kaiser celebrirt. Auch die gesammte Tagespresse ohne Unterschied der politischen Parteistellung spricht ihre wärmste Anerkennung für den Verstorbenen, den Wohlthäter Rumäniens, aus.

Berliner Börse vom 16. Januar 1873.

Wechsel - Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140¾ bz.
do. do.	2 M.	5	139¾ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	3	148½ bz.
do. do.	2 M.	3	— —
London 1 Lst. . .	3 M.	4½	6.20¾ bz.
Paris 300 Frcs. .	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl. . .	8 T.	6	92¼ B. ⅛ G.
do. do. . .	2 M.	6	91½ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56.16 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5½	99⅝ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89⅝ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82⅝ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	101 bz.
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101½ bz. G.
dito consolid.	4½	103⅝ bz.
dito 4%ige	4	95⅞ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	89 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 B.
Berliner Stadt-Oblig. .	4½	100½ bz. B.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	94½ B.
Pfandbriefe. Berliner	4½	98¼ bz.
Pfandbriefe. Central-Boden-Cr.	5	102⅛ G.
Pfandbriefe. do. Unkündb.	5	101⅜ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	81⅝ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	90⅜ bz.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95¾ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	96 G.
Rentenbriefe. Posensche	4	92¾ à ½ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	94 G.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97¼ G.
Rentenbriefe. Sächsische	4	96¼ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	94 bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71½ B.
Oldenburger Loose 36¾ G.

Louisd'or 111 G	Dollars 1.11 G.
Sovereigns 6.21½ G	Frmd Bkn. 99⁴⁄₅ G.
Napoleons 5.10¼ bz	Oest. Bkn. 92½ bz G
Imperials 5.16¼ G.	Russ. Bkn. 83 G.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente . . .	4⅕	65¼ à ⅜ bz.
do. Papierrente. . .	4⅕	61⅜ à ½ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	95½ à ¾ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	95 B.
do. Credit-Loose . .	—	117½ etbz. G.
do. 64er Loose . . .	—	93 bz.
do. Silberpfandbr. .	5½	83½ bz.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	92½ G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	86¼ bz.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	128½ bz.
do. do. 1866	5	128¼ B.
do. Bod.-Cred.-Pfb. .	5	91 bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75¾ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76½ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65½ G.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97½ bz.
do. do. p. 1885	6	98⅞ bz.
do. 5% Anleihe.	5	95½ bz.
Badische Präm.-Anl. .	4	109¾ B.
Baiersche 4% Anleihe	4	112 bz B.
Französische Rente .	5	85 bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	65⅛ bz.
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	93¾ bz. G.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	— —
Rumänische Anleihe.	8	— kl 99⅝ bz. B.
Türkische Anleihe . .	5	52 bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	76⅞ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 39¾ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 24⅛ bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9½ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II. .	4½	99 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82½ B.
do. do. VI.	4½	98¾ bz. G.
do. Nordbahn	5	102⅝ bz.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	97½ G.
do. do. G.	4½	97½ G
do. do. H.	4½	97½ G.
Cöln-Minden . . . III.	4	89¼ G.
do. do. do.	4½	98¼ bz. G.
do. do. IV.	4	89½ bz. G.
do. do. V.	4	88⅞ G.
Märkisch-Posener . . .	5	— —
Ndrschl.-Märkische . .	4	93½ B.
do. do. III.	4	91 G
do. do. IV.	4½	101¼ B.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	101½ B.
do. do. D.	5	101½ B.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	82½ B.
do. C.	4	89¼ G.
do. D.	4	89¾ G.
do. E.	3½	82 B.
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	98⅛ B.
do. H.	4½	98½ B.
do.	5	102 G.
do. Brieg-Neisse.	4½	98¾ bz.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	90½ bz. B.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do.	5	102 B.
Ostpreuss. Südbahn .	5	101⅛ bz.
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	101⅝ B.
Schlesw. Eisenbahn .	4½	96½ bz.
Stargard-Posen III. Em.	4½	98¾ bz. B.
Lemberg-Czernowitz .	5	67⅝ B.
do. do. II.	5	79⅝ bz.
do. do. III.	5	69⅝ bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93¼ B.
do. do. neue	5	89¾ B.
Kaschau-Oderberg . .	5	85⅛ bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	86⅝ bz.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82⅛ bz.
Oesterr.-Französische	3	294¾ bz.
do. do. neue	3	283½ bz.
do. südl. Staatsbhn.	3	251 bz B.
do. neue	3	248¾ bz.
do. Obligationen . .	5	86 B.
Chemnitz-Komotau . .	5	91⅞ bz.
Prag-Dux	5	85½ bz. B.
Dux-Bodenbach	5	87¼ G.
Rockford Rock Island	7	34 bz. B.
Ung. Nordostbahn . . .	5	77 bz.
Ung. Ostbahn	5	69¾ bz. B.
Warschau-Wien II. .	5	96 B.
do. III.	5	96 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅗	—	4	46⅝ bz
Berg.-Märkische .	7½	—	4	130½ 1½ bG
Berlin-Anhalt . .	18½	—	4	210¼ bz G.
Berlin-Görlitz. . .	0	—	4	118½ à 7½ bz
Berlin-Hamburg .	10¾	—	4	224½ bz G.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	151⅝ bz B.
Berlin-Stettin . .	11	—	4	187⅝ bz B.
Böhm. Westbahn	8½	—	5	109¾ bz B.
Breslau-Freib. . .	9½	—	4	125 bz
do. neue	—	—	5	114¾ bz G.
Cöln-Minden . . .	11⅕	—	4	164½ à 6 bG
do. do. neue	5	—	5	112⅞ bz G.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	62⅞ bz G.
Gal. C.-Ludw.-B. .	8½	—	5	104½ à 5 bz
Halle-Sorau Guben	4	—	4	66½ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	76 G
Kaschau-Oderberg	5	—	5	85¼ bz G.
Kronpr.-Rudolfb. .	5	—	5	78¾ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	—	4	194¾ bz B.
Märk.-Posener . .	0	—	4	60¾ bz G.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	134⅝ bz
Magdeb.-Leipzig .	16	—	4	267⅝ B.
do. Lit. B.	4	—	4	99¾ bz G.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	174 bz
Ndrschl.-Märk. . .	4	—	4	95½ bz B.
Ndrschl.-Zweigb. .	5	—	4	110½ bz G.
Oberschles. A. u. C.	13⅓	—	3½	218 bz B.
do. B. . .	13⅓	—	3½	194 B.
Oestr.-Fr.-St.-B. .	12	—	5	204¾ à 5½ bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	130⅞ à 1⅜ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	114 à 15 bz
Ostpreuss. Südb. .	0	—	4	45¾ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	127½ bz B
Reichenberg-Pard.	4²⁄₇	—	4½	81¼ bz
Rheinische	10	—	4	154½-6 bz B
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	44⅞ bz G.
Rumän. Eisenb.	5½	—	5	44¼ bz
Schweiz. Westbahn	2	—	4	53⅞ bz G.
Stargard-Posener	4½	—	4½	100 G.
Thüringer	10½	—	4	148 bz B.
Warschau-Wien .	12	—	5	86¼ bz B.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer .	5	—	5	107⅞ bz G
Berlin Nordbahn	—	—	5	73⅝ bz G.
Breslau-Warschau	5	—	5	66 bz G.
Halle-Sorau Guben	5	—	5	84⅝ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	91⅝ bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	91½ bz G.
Märk.-Posener . .	0	—	5	83⅛ bz B.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	82⅛ bz G.
Ostpr. Südbahn .	0	—	5	68¾ B.
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	124½ bz B
Saal-Bahn	—	—	5	79½ bz G.

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo Deutsche Bk	—	—	5	120 G.
Berliner Bank . .	15	—	4	115 bz G.
Berl. Bankverein	16	—	5	147⅞ bz
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	—	4	309 G.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	147⅞ bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	93 bz B.
Berl. Makler-Bank	25⅘	—	4	102¾ bz G
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	—	5	99 bz
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	64⅞ bz G.
Braunschw. Bank	8⅓	—	4	123¾ G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	—	4	120 bz B.
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	137 B.
Bresl Makl.-Ver.-Bk	—	—	5	137 B.
Br Prov Wechsler B.	—	—	5	110 B
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	127¾ bz G
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	126⅞ bz G.
Coburger Cred.-Bk.	10½	—	4	105½ bz G.
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	114 G.
Darmst. Creditb. .	15	—	4	188¼ bz G.
Darmst. Zettelbank	8	—	4	113½ bz G.
Dessauer	—	—	fr.	14½ G.
Deutsche Bank .	8	—	4	108¼ bz G
Deutsche Unionsbk	11½	—	4	106 bz G.
Disc.-Com.-A. . .	24	—	4	271½ bz G
Genfer Bank . . .	—	—	fr.	7⅛ G.
Genossensch.-Bnk.	10⅝	—	4	134¼ G.
do. junge	—	—	4	126 bz B.
Gewb. Schusteru. C.	10⅝	—	4	130 bz G.
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	111½ et bz G
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	—	4	172½ G.
do. Vereins-Bk.	11¼	—	4	124½ bz G.
Hannover'sche do.	—	—	5	113 bz G
do. Disconto-Bk.	—	—	4	92⅝ B.
Hessische Bank.	—	—	4	88½ bz G.
Königsberger do.	11	—	5	100½ G.
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	— —
Leipz. Credit-Bnk.	11	—	5	174¾ bz G.
Luxemburger do.	12	—	4	140¾ bz G.
Magdeburger do.	5⅘	—	4	107¼ B.
Meininger do.	12	—	4	146⅝ bz G.
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	— —
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	124½ bz
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	108 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	—	5	105 G.
Oest. Credit-Actien	17½	—	5	200½ à ¾ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	99 bz
Ostd Producten-Bk	—	—	5	86 B.
Posener Bank . .	6⅘	—	4	112½ G.
Pos. Prov Wechslb	—	—	4	96¼ B.
Preuss. Bank-Act.	12³⁄₁₀	—	4	221 bz G.
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	177 bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	—	5	127 à ½ bz G
Pr. Credit-Anstalt.	—	—	5	140½ bz G
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	84 bz G.
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	147⅝ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	130¼ bz
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	159⅜ bz
Thüringer Bank .	9	—	5	121¾ bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	15	—	5	176 bz G.
Weimar. Bank . .	7	—	4	117½ G.
Wiener Unionbank	—	—	5	160¼ bz
Berl. Eisenb. Bed-A	10½	—	5	181¼ bz G
Görlitzer do.	0	—	5	76¾ G.
Oberschles. do.	6	—	5	153½ bz G.
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	68 bz
Nordd. Papierfabr.	8¹⁄₁₀	—	5	96½ bz G
Westend, Comm-G.	16	—	5	180 bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	75½ bz G.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	76½ bz G
do. verein. Oelfab.	—	—	5	89½ G
Erdm. Spinnerei	—	—	5	91 bz G
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	93½ G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	75 B.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	93½ B.
do. Porzellan .	—	—	5	89½ bz
Schl. Leinenindust.	10	—	5	105¾ bz G.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	105 bz G
do. Wagenb. Anst.	—	—	5	83½ G.
Donnersmarkhütte	—	—	5	100¾ bz G.
Königs- u. Laurah.	12½	—	5	239¼ bz
Lauchhammer. . .	—	—	5	111 bz G.
Marienhütte. . . .	—	—	5	122⅞ bz G.
Minerva	—	—	5	62 G.
O. Schl Eisenwerke	—	—	5	94⅛ bz G.
Redenhütte	—	—	5	114¾ bz
Schl. Kohlenwerk.	—	—	5	108½ G
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	107⅛ bz
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	107⅞ bz
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	266 G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	102 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	101 G.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	105 bz
Meininger Präm Pfb	—	—	4	93⅞ bz B.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	—	4	119 bz
Schles. Feuervers.	20	—	4	131 G.
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	107 G.

Bank-Discont 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 15. Januar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 20. Anleihe de 1871 86, 52½. Anleihe de 1872 88, 55. Italienische 5procentige Rente 65, 60. dto. Tabaks-Actien 853, 75. Franzosen (gestplt.) 773, 75. do. neue 765, 00. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien — —. Oesterr. Nordwestb. — —. Lombard. Eisenbahn-Actien 437, 50. do. Prioritäten 252, 00. Türken de 1865 53, 47. do. de 1869 328, 00. Türkenloose 182, 50. Neueste türkische Loose — —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —. Goldagio —. Franz.-österr.-ungar. Bank —, —. Träge.

London, 15. Januar, Nachmittags 4 Uhr. Consols 92⁵⁄₁₆. Spanier —. Italien. 5procentige Rente 64½. Lombarden 17³⁄₁₆. Mexikaner —. 5procent. Russen de 1862 92½. 5procentige Russen de 1864 97½. Silber 59¹⁵⁄₁₆. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —, —. Türk. Anleihe de 1865 52½. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 64½. 6proc. Verein. St. pr. 1882 92⁵⁄₁₆. Platzdiscont —. Fest.

Frankfurt a. M., 15. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berliner Wechsel 105. Hamb. Wechsel 86⅝. Lond. Wechsel 118⅛. Pariser Wechsel 92½. Wiener Wechsel 107½. Franzosen alte*) 357½. do. neue —. Hessische Ludwigsbahn —. Böhmische Westbahn 257½. Lombarden*) 200½. Galizier*) 243½. Elisabethbahn 266½. Nordwestbahn 231. Elbthal —. Gotthardbahn 104½. Oberhessen 76. Albrechtsbahn-Act. 183. do. Prioritäten 85. Oregon 42. Creditactien*) 350½. Bayr. Prämien-Anleihe 113½. do. Mil.-Anleihe 101⅛. Neue Badische 104. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 88⅝. do. nicht vollbez. —. Russ. Bodencred. 91½. Neue Russen 89¾. Türken 51. Silberrente 65⅝. Papierrente 61¼. Minden-Loose 95. 1860er Loose 96. 1864er Loose 161. Ungarische Anleihe 76⅝. do. Loose 109¾. Raab-Grazer Loose 82¾. Gömörer 83⅞. Bundes-Anleihe —. Amerikaner de 1882 96⅝. Darmstädter Bankactien 472. Meininger Bank 145. Dresd. B. 105¾. Schuster-Gewerbebank 129. Süddeutsche Bodencredit 109. Deutsch-österreichische Bank 119. Ital.-deutsche Bank —. Oesterr. Nat.-Bank 1065. Franz.-ital. Bank —. Central-Pfandbr. 97. Prov.-Disc.-Gesellsch. 163⅞. Brüsseler Bank 112½. Berl. Bankverein 147. Leipziger Vereinsbank 93⅞. Frankf. Bankverein 149. do. Wechslerb. 103¾. Centralbank —. Antwerpener Bank 109. Englische Wechslerbank 51½. Baltischport 86¼. Newyork. 6proc. Anl. —. South Eastern 69. Kontinental-Eisenbb. 120. Hahn Effectenbank 130. Wiener Unionbank 280. Frankfurter Baubank 102¾. Dresd. Bank —. Rjäshsk-Wjäsma Eisenbahn 87¾.

Schluß fest. — Nach Schluß der Börse: Creditactien 351¼, Franzosen 358, Lombarden 200¾, Silberrente 65¹¹⁄₁₆.

*) pr. medio resp. pr. ultimo.

Frankfurt a. M., 15. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 96⅝, Creditactien 350⅞, 1860er Loose 96⅛, Franzosen 357½, Lombarden 200½, Silberrente 65⁹⁄₁₆, Oesterr. Nat.-Bank 1065, Antwerpener Bank —. Galizier 244¼. Hahn'sche Effektenbank 130. Provinzialdiscontobank 166. Berliner Bankverein. Continental-Eisenbahnbau 119½. Fest.

Hamburg, 15. Januar, Nachmitt. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler — —. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 99¼. Silberrente 65⅞. Oesterr. Credit-Actien 303. Oesterr. 1860er Loose 95½. Nordwestb. 495. Franzosen 766. Raab-Grazer Loose 83¼. Lombarden 430. Italienische Rente 65¼. Vereins-Bank 125¾. Hahn'sche Effectenbank 129½. Commerzbank 127½. Nordd. Bank 179¼. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 167. Anglo-deutsche Bank 122¾. do. neue 117½. Dänische Landmannbkank 103. Dortmunder Union 174. Wiener Unionsbank 242. 1864er Russische Prämien-Anleihe 123. 1866er Russische Prämien-Anleihe 124. Amerikanische de 1882 93⅛. Disconto 4 pCt. offiz. — pCt. Laura —. Anfang fest. Schluß matter.

Hamburg, 15. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco geschäftslos, auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 254 Br., 251 Gd., pr. Januar-Febr. 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 254 Br., 251 Gd., pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 247 Gd. — Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 164½ Br., 163½ Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 164½ Br., 163½ Gd. — Hafer und Gerste geschäftslos. — Rüböl geschäftslos, loco und pr. Mai 24¾, pr. October pr. 200 Pfd. 74½. — Spiritus ruhig, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Januar, pr. Jan.-Febr. und pr. April-Mai 46⅛. — Kaffee unverändert, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 14 Br., 13¾ Gd., pr. Januar 13⅝ Gd., pr. März 13½ Gd. — Wetter: Milde.

Hamburg, 15. Januar. [Abendbörse.] 8½ Uhr. 1860er Loose 96½. Amerikaner 93⅛. Italiener 65¼. Lombarden 429,50. Credit-Actien 303,50. Staatsbahn 768. Nordwestbahn 495. Anglo-Deutsche Bank 123. Laura 240, 25. Dortmunder —, —. Nominell still.

Liverpool, 15. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Matt, auf Lieferung stetig. Tages-Import: 19,000 Ballen, davon 13,000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen ostindische.

Liverpool, 15. Jan., Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) 10,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 B. Matt.

Middl. Orleans 10⁵⁄₁₆, middl. amerikanische 10, fair Dhollerah 7³⁄₁₆, middl. fair Dhollerah 6¾, good middl. Dhollerah 6⅛, middl. Dhollerah 5⅝, fair Bengal 5, fair Broach 7¼, new fair Domra 7³⁄₁₆, good fair Domra 8, fair Madras 6¾, fair Pernam 10⅜, fair Smyrna 8¼, fair Egyptian 10⅝.

Upland nicht unter good ordinary Januar-Februar Verschiffung 9¾, Orleans nicht unter good ordinary und nicht unter low middling 10 D.

Köln, 15. Januar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Wetter: Kühl. Weizen fester, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 10, pr. März 8, 11½, pr. Mai und pr. Juli 8, 11. Roggen besser, loco 5, 15, pr. März 5, 12½, pr. Mai 5, 15, pr. Juli 5, 16. Rüböl fest, loco 12⁷⁄₁₀, pr. Mai 12¾, pr. October 12⁹⁄₁₀. Leinöl loco —.

Paris, 15. Jan., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Januar 98, 00, pr. März-April 98, 75, pr. Mai-August 99, 75. Mehl ruhig, pr. Januar 73, 50, pr. März-April 71, 25, pr. März-Juni 71, 00. — Spiritus pr. Januar 56, 25. — Wetter: Veränderlich.

London, 15. Januar Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 6190, Gerste 1290, Hafer 4940 Qrts.

Der Markt schloß für sämmtliche Getreidearten fest aber ruhig zu letzten Montagspreisen. — Wetter: Sehr schön.

Amsterdam, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen geschäftslos. Roggen loco ruhig, pr. März 196½, per Mai 198, per October 201½. Rüböl loco 43½, pr. Mai 43¾, pr. Herbst 44. — Wetter: Trübe.

Antwerpen, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Geschäftslos.

Antwerpen, 15. Januar. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 51½ bez. und Br., pr. Januar 51 bez, 51½ Br., per Februar und pr. März 51½ Br. — Weichend.

Bremen, 15. Januar. Petroleum ruhig, Standard white loco 20 Mk. 35 Pf. bezahlt.

[Londoner Colonialwaaren-Markt.] Montag, 13. Januar. Zucker flau. — Kaffee stramm. — Thee und Reis ruhig. — Jute vernachlässigt.

Metalle: Kupfer ruhig, Chili Pfd. Sterl. 90, 10, Walaroo Pfd. Sterl. 93, 15, Banca Pfd. Sterl. —. — Zinn: stramm, Straits Pfd. Sterl. 143. — Zink: stramm, Pfd. Sterl. 24.

[Die Post als Sparkasse.] Schon seit längerer Zeit geht die General-Post-Direction der deutschen Reichspost mit dem Plane um, die Post zugleich als allgemeine Sparkasse nach dem englischen Vorbilde zu organisiren. Es lagen indeß Bedenken gegen das Project vor, hauptsächlich wegen der Schwierigkeit der Controle. Gegen diese Bedenken richtet sich folgender Vorschlag: Alle Einzahlungen nämlich von Sparsummen an die Postanstalten sollen gegen Sparmarken, die in ein Sparbuch eingeklebt werden, oder bei größeren Summen gegen Postkassenscheine geschehen; in beiden Fällen aber soll der Stempel des Postbeamten auf der Marke oder dem Schein das Datum und die Person des Postbeamten klar erkennen lassen. Dieser Vorschlag, welcher in der That auf leichte Weise alle Bedenken zerstreut, hat bei der Postverwaltung großen Beifall gefunden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.